

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

138 (17.6.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 28 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Ablagen abgeholt 20 M. monatlich. — Einzelhefte 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 129; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelleise 8.40 M. auswärts 4.— M. Die Restametzelle 15.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Leipziger Gewerkschaftskongress

Von Theodor Thamas

Zum erstenmal, seit die frühere Generalkommission zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgerichtet ist, wird sie sich vor der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung zu verantworten haben. Es war vor drei Jahren in Nürnberg, wo der A.D.G.B. aus der Taufe gehoben wurde. Welche Wandlung innerhalb dieser Zeit vor sich gegangen ist, braucht hier nicht geschildert zu werden, sie wird deutlich genug in Leipzig zum Ausdruck kommen. In Nürnberg lautete der Kampf: Die alte Gewerkschaftsbewegung, die U.S.P.-Mittlung unter Führung Dittmanns, die alles, was geschehen war und noch geschehen sollte, gleichsam in Grund und Boden redete. Von der A.D.G.B. war zwar schon die Rede, aber ihre Geschichte besorgte noch die radikale U.S.P.-Mittlung, so daß Dittmann, Brandler usw. berichtigt sein konnten.

Diesmal wird das Bild wesentlich anders ausschauen. Von 800 bis 900 Delegierten werden etwa 100 der A.D.G.B. angehören. Bei den kommunistischen Vorkämpfern sind Dittmann und seine Richtung heute am meisten gehaßt.

Darunter wird ihr gemeinsamer Kampf gegen den Bundesvorstand und -auschuss natürlich nicht leiden. In drei Jahren häuft sich viel Mühsal an; in so langer Zeit muß der beste Vorstand sündigen. An Stoff zu Angriffen wird es nicht fehlen. Wie es schon heute aus dem kommunistischen Mäntelchen heraussticht, lassen sich scharfe Auseinandersetzungen erwarten.

Besonders aber wird der Kampf heftig werden um die sogenannten 10 Punkte. Es sind im Verlauf der letzten Jahre wiederholt „Punkte“ formuliert worden, nie aber ist die gesamte Gewerkschaftsbewegung so aufgewühlt worden wie im November 1921, wo die 10 Punkte als Mindestforderung aufgestellt, und im Dezember, wo sie zu „Mindestlinien“ herabgedrückt wurden. Am Anfang mußte jeder Mensch den Eindruck haben, daß es ein Mindestprogramm, die 10 Punkte sind eine Art Ultimatum; fast die gesamte Parteipresse hat sie auch so behandelt. Dann kam der kalte Wasserstrahl, jetzt sieht es auf einmal, ja so war es nicht gedacht, es sollte nur ein Programm sein, das uns auf lange Zeit hinaus Ziel und Richtung geben sollte. Programmatische Sätze liegen sich nicht über Nacht verwirklichen.

Nichts hat der Gewerkschaftsbewegung mehr geschadet, wie dieser Widerspruch; noch einmal 10 Punkte kann die Gewerkschaftsbewegung nicht vertragen, wenn sie sich nicht jedes Verbot untergraben will. Sie kann sich den Luxus eines auf weites Ziel eingestellten Programms in solchen auf den Regeln benennenden Fragen nicht erlauben. Sie muß, entsprechend der auf praktische Erfolge eingestellten gewerkschaftlichen Arbeit, in der Ausföhrung von Forderungen in den Grenzen bleiben, die auch erreicht werden können, dafür, wenn es nötig ist, alle Machtmittel einsetzen. Diese sind nicht gering. In Nürnberg waren etwa 4 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder vertreten, diesmal hat sich diese Zahl fast verdoppelt. Etwa 8 1/2 Millionen Mitglieder zählen die freien Gewerkschaften, hinzu gerechnet muß auch der A.S.-Bund werden, der 1919 noch nicht existierte, sowie ein Teil der Beamtenverbände. Das gibt mit den Beamtenverbänden rund 10 Millionen Mitglieder. So ist das eine Macht, mit der jede Regierung rechnen muß und auch rechnen wird, wenn wir sie in Aug gebracht. Deshalb wollen ja die Anhänger der alten Gewerkschaftsrichtung, die sich zur S.P.D. bekennen, daß mit diesen Kräfte nicht fahrlässig operiert wird, daß man sie nicht bei jeder Gelegenheit mobil macht, wenn sie aber einseitig werden sollen, dann ja, daß sie alles mit sich bringen.

Die 10 Millionen sind dafür noch nicht gekaufte. Es wird auch in Leipzig viel über Sozialisierung, Gemeinwirtschaft usw. geredet werden. Sie erwarten aber alles von außen, selbst führen sie viel zu wenig.

Uns fehlt in den Gewerkschaften noch viel sozialistischer Geist. Seit 1919 hat sich auch sonst manches verändert. In der sozialen Gesetzgebung haben wir das Betriebsrätegesetz, die Schlichtungsordnung, Arbeitszeitgesetz u. a. erlebt. Genosse T. Einzelheimer wird über diese Dinge reden. Bei diesem Punkte wird an dem Lebenswandel der deutschen Arbeiterschaft gerührt, hier wird wiederum eine scharfe Sprache geführt werden. Linke Brüder von links lassen kein gutes Haar an alledem — wir verlernen nicht, daß vieles abänderungsbedürftig ist, aber

wir schütten nicht das Kind mit dem Bade aus. Leider werden auch mit diesen an sich sehr realen Dingen, wie die vorliegenden Anträge beweisen, viel zu sehr Fragen der Weltanschauungen vernachlässigt, so daß die Gefahr besteht, daß das wesentliche erdrückt wird von politischen Auseinandersetzungen, die natürlich ihren Höhepunkt schon beim Geschäftsbericht erreichen werden, weil da die Politik der letzten drei Jahre aufgerollt wird. Was die S.P.D. innerhalb der Gewerkschaften organisatorisch nicht erreicht hat, werden ihre Anhänger sicher rednerisch in Leipzig nachholen.

Eine wichtige Debatte wird es um die Entscheidung über „Industrieverbände“ geben. Seit 1919 ist die Anhängererschaft dieser Richtung sehr viel größer geworden. Große Gewerkschaften, wie Bergarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter, Eisenbahner, Gemeindev- und Staatsarbeiter, kleine, wie Tischler, Bäcker, Glaser und andere, stehen heute auf dem Boden der Industrieverbände. Es ist daher mit einer Mehrheit für diese Organisationsform zu rechnen. Natürlich wird kein zwingender Beschluß gefaßt werden können in dem Sinne, daß die Verbände zwangsläufig zusammenzuwerfen werden; aber ein solcher Beschluß, auch wenn er nur ein grundsätzliches Verbot enthält, wird doch eine feste moralische Wirkung ausüben, wird manchen Gewerkschafter bei Abstimmungen beeinflussen. Scharfe Kämpfe werden dabei die Anhänger der reinen Berufsorganisation führen, die sich auf den Standpunkt stellen, daß die Organisation nach Berufen den Ausschlag und die unerhörten Leistungen möglich mache, die die deutschen Gewerkschaften hinter sich haben. Aber aus den Aufgaben, die die Zukunft für die Gewerkschaften im Schilde trägt, wird der große Industrieverband mehr und mehr an Anhängern gewinnen. Auch wir meinen, daß besser wie alle Reichstagsparteien die Bedürfnisse selbst die Organisationsform beeinflussen, wie auch die heutige Form aus der Wirtschaftsgeschichte der Vergangenheit ihre Berechtigung wohl ableiten kann.

Ein besonderer Punkt ist den Betriebsräten und den Gewerkschaften gemein. Von Himmelhochjauchend wird dabei keine Rede sein, öglicherweise gefragt werden muß, daß das Betriebsrätegesetz nicht bringt, als unsere Mäe heute daraus machen. Im Zusammenhang damit ist die Bildungsfrage zu nennen, für die kein besonderes Meistat vorgesehen ist; es liegt aber ein Antrag vor, die Gewerkschaften für diesen Zweck zu einer Kulturabgabe zu verpflichten. Genosse Wiffell soll die Arbeitsgemeinschaften behandeln; hier sowohl wie bei der Betriebsrätefrage werden die politischen „Standpunkte“ aufeinanderprallen.

Alles anzuführen, was zur Besprechung kommen wird, hieße ein Buch schreiben. Ueber die Angliederung der Beamten wird geredet werden, ferner über Vereinfachung des Beitrags, und Unterhaltungsbeiträge, Änderung der Bundesstatuten, Vereinbarungen und Sicherungen gegen wilde Streiks, Technische Notdienste usw. usw.

Von großer Bedeutung wird die Leipziger Woche für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben sein. Was vom 10. bis 20. Juni dort beschlossene wird, ist der Wille der Mehrheit des deutschen Volkes; mit ihren Angehörigen bildet die Zahl der deutschen Gewerkschaftsmitglieder die größere Hälfte unserer gesamten Bevölkerung. Die Last der Verantwortung, die auf den Delegierten ruht, ist deshalb sehr groß. Mögen sie uns keine Leberzuckungen unangenehmer Art bringen. Das Wohl der gesamten Arbeitnehmererschaft muß Ziel und Richtschnur aller Beschlüsse sein, nicht politische Reibereien, nicht einseitige Interessenspolitik darf den Kongress beherrschen.

Die Gewerkschaften sind innerlich gesund, ihre Geschlossenheit ist bis jetzt gewahrt geblieben. Wir sind überzeugt, daß sich eine sehr große Mehrheit finden wird, die ruhige, sachliche Arbeit leisten will. Das wird viel mehr nützen, als alles Toben über die Vergangenheit, die doch schließlich in allen ihren Enttäuschungen nur das gab, was wir reif waren, uns zu erobern. Die Wirtschaft ist eben nicht durch Gesetze und Verordnungen, Resolutionen und Streiks zu regieren.

Der Kongress in Leipzig wird für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung von hoher Bedeutung sein. Wir wünschen der Tagung einen schönen Erfolg im Interesse der gesamten Arbeitnehmerbewegung.

Die Not unserer Volkserziehung

Professor Rudolf Wilhelm, Karlsruhe
Die Schule der Republik
III b

Wir stellen unsern Gemeinschaftsmenschen in bewußten Gegensatz zu dem schrankenlosen herrsch- und geldsüchtigen Individualisten des heute noch geltenden Erziehungsideals; wir wollen ihn anstatt mit den Tugenden der Menschlichkeit und Gerechtigkeit; mit Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft, mit Redlichkeit in Handel und Wandel, mit Öfflichkeit und Umgänglichkeit, mit Bereitwilligkeit zur Übernahme von Arbeiten für das Gemeinwesen, mit Redlichkeit, Unbeflecktheit, Treue und Unverdorrenheit. Nicht nur Fähigkeiten und Fertigkeiten für den Beruf sollen den neuen Menschen zieren, sondern alle Charaktereigenschaften, die ihn für das öffentliche und gesellschaftliche Leben tauglich machen. Moralische Qualitäten empfehlen besser als Perfektheiten. Wer einen Buchhalter oder einen Kassier braucht, wird mehr auf Ehrlichkeit schauen als auf Gewandtheit. Eine Hausfrau will lieber von einem ehrlichen Mädchen weniger gewandt bedient, als von einem gewandteren bestohlenen werden. Das höhere moralische Gesamtniveau gibt immer den Ausschlag.

Zu den Gründen für die Notwendigkeit der Erziehungsschule tritt ein weiterer. Unsere jämmerlichen Verhältnisse zwingen viele Familien, die Kinder tagsüber sich selbst zu überlassen. Auch fehlt den einsamen Leuten die Kenntnis der pädagogischen Mittel, durch die am nachhaltigsten auf Kinder eingewirkt werden kann. Die ganze Erziehungskunst erschöpft sich da in der periodischen Veranordnung von Schlägen. Diese diabolischen häusliche Erziehung bleibt im Elementarstadium stehen; Erziehung heißt p a n m ä h i g einwirken auf die Kinderseele. Diesem fühlbaren Mangel muß die Schule künftig mehr als bisher abhelfen; sie soll in die Besuche treten und dem Kind alles zum Leben Notwendige vermitteln, von der Erziehung zu den höchsten Tugenden bis herab zu den banalen Höflichkeitsformen des gesellschaftlichen Verkehrs, an welche letzteren in Deutschland kein Mangel ist. Eine solchermode ausgebildete Erziehungstätigkeit würde den Lehrer zum Wohltäter der Familien machen, mit denen er durch Elternbeiräte, Elternabende oder sonstige in nähere Fühlung kommen müßte. Sicher wären die Eltern für solch werthvolle Erziehungsbeihilfe und pädagogischen Winke dankbar und würden gern einen Teil ihrer Elternrechte und Befugnisse an den Lehrer abtreten. Darunter vielleicht auch das Recht der körperlichen Züchtigung.

Wir bekennen uns offen zu der Ansicht, daß es bei der Erziehung ganz ohne Schläge nicht abgeht. Wirklich der Vater, der so wohlgeratene Kinder sein eigen nennt, zweifellos sollten viele rohe Burschen und freche Mädchen noch mehr Schläge bekommen. Diejenigen Väter — es ist auffallend, wie oft man die Engländer nennen muß — deren Jugend sich durch relative Wohlgeratenheit auszeichnet, machen von dem Stod ausgiebig Gebrauch. Der englische Vater haut seinen Sohn bis zu 18 Jahren, was ein Oberprimaner bei uns für eine schämliche Verletzung seiner Ehre ansehen würde. Dafür kennt man in England auch nicht den Typus des „Oern Hausbuben“, sondern der junge Kaiser ist ein perfekter Gent. Ein bekannter griechischer Merkbuch spricht die Ansicht der alten Griechen dahin aus, daß der Mensch nicht gehorchen lernt, wenn er nicht gehörig „geschunden“ wird. Recht im Gegensatz dazu rät der allgütige Talmud den Juden, eine Züchtigung der Kinder nur mit dem Schutzhüften vorzunehmen. Der Unterschied wirkt sich deutlich aus in der strafferen Disziplin der englischen und der laxeren der jüdischen Knaben, eine bekannte Tatsache, die sogar einseitige Judenpolitik darf den Kongress beherrschen.

In der Schule ist die Prügelstrafe nominell abgeschafft. Aber es wird trotz aller Verordnungen da und dort noch der Stod verwendet. Der Erzieher kann eben dieses Instrument nicht leicht entzagen. Zu verwerfen ist es natürlich unter allen Umständen, wenn ein Lehrer zum Schlagen seine Zuflucht nimmt, um den Lehrstoff in die Köpfe zu prägen. Damit zeigt er, daß er ein Stümper ist. Als Barbarei und Noheit muß ferner das Schlagen auf die Hände, die sogenannten „Lagen“, bezeichnet werden. Das müßte unbedingt unterbleiben. Zu erzieherischen Zwecken möchte ich aber den Lehrer entschuldigen, wenn er gelegentlich keinen Rat mehr weiß und ruppigen Kurshen gegenüber zu dieser ultima ratio des Pädagogen greift. Als Erziehungsmittel ist der Stod unschätzbar. Das Recht seiner Verwendung steht eigentlich nur den Eltern zu, aber oft genug kommen diese, wenn sie das physische Uebergewicht nicht mehr haben, und bitten den Lehrer: Hauen Sie den Kerl mündelweil! In solchen Fällen dürfte man dem Lehrer das Züchtigungsrecht zugestehen; er vertritt dann Elternstelle. Er soll aber dann nicht Tugenden mit dem Stod einbläuen, sondern nur Untugenden ausbläuen!

Die Besucher unserer verschiedenen Schulgattungen, Volksschüler, Bürgerschüler, Gewerbe- und Fortbildungsschüler und die Schüler der höheren Schulen haben hart zu arbeiten und leisten auch gewiß Großes. Ihre höchstgebildeten Exemulare können einen lateinischen Aufsatz schreiben wie Cicero, eine griechische Rede halten wie Demosthenes, vielleicht sogar Werke machen wie Sophokles. Im Interesse ihrer persönlichen und der öffentlichen Wohlfahrt wünschen wir ihnen für künftige noch eins dazu: Mehr Kritik!

Wir verstehen uns.

Der Reichsrat für die Getreidemlage

Werden nun die Getreidemlager zum Kampfe schreiten? Berlin, 16. Juni. Der Reichsrat genehmigte mit 79 gegen 60 Stimmen die Vorlage für die Getreidemlage. Die Vorlage verlangt wie im Vorjahre eine Umlage von 2 1/2 Millionen Tonne.

Der Kampf um die Getreidemlage

Berlin, 17. Juni. (Privat.) Der Reichskanzler empfing gestern abend die Führer der Koalitionsparteien zu einer Aussprache. Die Deutsche Volkspartei nahm an der Besprechung nicht teil. Im Vordergrund standen die Fragen der Zwangsenteile und der Getreidemlage. Die Fraktionen der Demokraten und Wehrbeitssozialdemokraten hielten gestern abend Besprechungen ab, in denen die Frage der Getreidemlage besprochen wurde. Ueber die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion teilt der „Vorwärts“ mit, daß die Fraktion darauf

bestehen müsse, daß eine ausreichende Menge Getreide erfaßt und zu wesentlich verbilligten Preisen abgegeben werde. Der Wunsch, die kleine Landwirtschaft von der Umlage zu verschonen, könne durchaus Berücksichtigung finden, da die größeren und größten Landwirte leistungsfähig genug sein würden, um die Umlage allein zu tragen. Das Blatt glaubt, daß in den nächsten Tagen um die Getreidemlage ein schwerer Kampf ausgekämpft werde, der die weittragendsten politischen Konsequenzen haben könne.

Lenins schwere Erkrankung

Berlin, 17. Juni. (Privattelegramm.) Ueber Lenin's Krankheit gibt die Sowjetregierung laut „Wost. Sit.“ eine amtliche Mitteilung heraus, in der es heißt, daß der frühere Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Lenin an schwerer Erkrankung leide, deren Folgen noch durch eine Vergiftung verschärft worden seien. Lenin müsse sich mindestens bis zum Herbst von den Staatsgeschäften zurückziehen.

Die politische Lage in Sachsen

Reaktionäre und Kommunisten arbeiten gemeinsam am Sturz der sozialistischen Regierung

Gegenwärtig finden im Freistaat Sachsen Einzelaktionen für ein Volksbegehren auf Auflösung des am 14. November gewählten Landtags statt. Der Antrag auf Auflösung ist von der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei gestellt. Das Begehren wird außer von diesen beiden Parteien von den Demokraten und vom Zentrum unterstützt. Am 19. Juni ist Schluss für die Einzeichnung, die ohne Beteiligung der S.P.D. und U.S.P. vor sich geht und die nur wirksam ist, wenn 10 Prozent der bei der letzten Landtagswahl eingetragenen Wahlberechtigten — das sind 243 388 — sich an der Einzeichnung beteiligen. Die gesamtlichen Parteien werden jedenfalls die erforderliche Stimmenzahl aufbringen, so daß die sich aus dem Gesetz vom 8. März ergebenden Formalitäten durchgeführt werden müssen. Frühestens am 22. Juni, spätestens am Sonntag, den 17. September stattfinden. Beteiligt sind 1 489 773, dann ist der Volksentscheid unanfechtbar; andernfalls würde die notwendige Reinvahl des Landtags für Mitte Dezember als frühesten Termin ausgeschrieben werden können.

Während seiner 18monatlichen Existenz hat der Landtag in 110 Plenarsitzungen 130 Vorlagen und Gesetzentwürfe der Regierung, teils mit wechselnden Majoritäten, überwiegend aber mit der schwachen Mehrheit der Linksparteien erledigt. Bei der Abstimmung über den Justizetat in zweiter Lesung fanden sich die Rechtsparteien und die Kommunisten zusammen. Durch die nachträgliche Erklärung der Kommunisten, daß sie nicht gegen die Bewilligung des Justizministeriums stimmen wollten, konnte die erfolgte Abstimmung nicht rückgängig gemacht werden. Die Rechtsparteien einen Antrag auf Auflösung des Landtags ein, der aber mit 48 gegen 47 Stimmen abgelehnt wurde. Damit war jedoch noch keine Klärung der Lage geschaffen, denn die Rechte will den Etat „dieser Regierung“ grundsätzlich ablehnen. Sie findet in ihrem Bestreben die geforderte Hilfe bei den Kommunisten, die sich gleichfalls ablehnend verhalten wollen, und so den Sturz der sozialistischen Regierung herbeiführen, wenn nicht die von ihnen suggerierten Forderungen — 1. Amnestie, 2. Verbot der technischen Nothilfe, 3. Entmilitarisierung der Polizei, 4. Heranziehung der Betriebsratversammlungen zur Gesetzgebung — bis zur endgültigen Abstimmung erfüllt sind. Die sozialdemokratischen Fraktionen haben im Einverständnis mit der Regierung, den Kommunisten gewisse Zugeständnisse gemacht, mußten jedoch eine restlose Erfüllung der Forderungen, insbesondere eine Heranziehung der Betriebsratversammlungen zur Gesetzgebung, ablehnen. Diese Haltung findet in der sächsischen Arbeiterschaft volles Verständnis.

Die nächste Lage bringen die Entscheidung, tritt die Regierung wegen Nichtbeteiligung des Finanzgesetzes oder einzelner wichtiger Etatkapitel zurück, dann wird sich der Landtag selbst auflösen.

Die Hohenzollern als schamlose Steuerdrückeberger

Die Minister Herms die Hohenzollern zu becken sucht. Am Dienstag wurde durch einen Vertreter des Reichsfinanzministeriums die sozialdemokratische Anfrage über den Steuerertrag der Hohenzollern im Reichstag beantwortet. Das Reichsfinanzministerium ließ antworten, daß die Hohenzollern Steuern zahlen und daß sie, wie jeder andere Steuerpflichtige, nach Maßgabe der geltenden Steuererträge behandelt werden. Der „Vorwärts“ ist nun in der Lage, an der Hand veröffentlichter Dokumente nachzuweisen, daß der Hohenzollernsche Hausstand und die Hohenzollernsche Güterverwaltung, die sogenannte Hofkammer, trotz der Versicherungen des Reichsfinanzministeriums nicht nur bisher keine Steuern bezahlt haben, im besonderen die Hofkammer gibt sich sogar ungeniert und mit diesem Erfolg wähle, der Steuerbehörde riesenhafte Beträge zu entziehen.

So sind im Jahre 1920 auf den Hohenzollernschen Gütern 25 Millionen Mark Reingewinn der Hofkammer zur Verfügung gestellt worden. Sie hat darauf zehn Millionen Mark, um den von der Einkommensteuer erhobenen Reingewinn zu verringern, abgezahlt. Jetzt hat sie ihn wieder durch Ueberweisung an die Renterverwaltung und an ihre Forstverwaltung zur „Aufbesserung der Substanz und des lebenden und toten Inventars“ verschwinden lassen. Im Jahre 1921 hat sie aus den Hohenzollern-

schen Gütern 60 Millionen Mark Reingewinn erzielt. Auch hier hat sie bisher nicht nur keinen Pfennig Steuern gezahlt, sie hat auch keinerlei Rückstellungen zur Erfüllung ihrer Steuerpflicht vorgenommen.

Wie ist dann aber diese Antwort des Reichsfinanzministeriums überhaupt möglich? Ganz einfach. Das Reichsfinanzministerium hat mit einer geschickten Handbewegung die von uns erwähnten größten Teile des Hohenzollernvermögens in ihrer Antwort ausgelassen und hat nur davon gesprochen, daß die Angehörigen des Hauses Hohenzollern ihr Privatvermögen versteuern. Das Privatvermögen der Herzogin der Mitglieder der Hohenzollern ist nicht hoch, weil der Grundbesitz des Hohenzollernbesitzes hauptsächlich gebunden ist und nur Wilhelm von Doorn zur Verfügung steht. Aus ihm bekommen die einzelnen Mitglieder der Hohenzollern-Familie natürlich auch Zuwendungen. Weder sie, noch die großen Vermögenswerte, die sich Wilhelm hat nach Doorn kommen lassen, sind bisher versteuert worden. In der Frage der Steuerpflicht der Hohenzollern wird noch sehr ernsthaft Remede geschafft werden müssen.

Der Friedenskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagte vom 8. bis 10. Juni in Amsterdam. Der Hauptzweck der Zusammenkunft war, dem Beschluß des römischen Gewerkschaftskongresses, eine energische Aktion gegen den Krieg einzuleiten, praktische Vorschläge zu geben. So wurde ein großer Teil der jetzigen Tagung der Prüfung der Vorschläge gewidmet. Am Ende der Aussprache wurde beschlossen, im Anfang des kommenden Jahres einen Weltkongreß gegen den Krieg nach Amsterdam einzuberufen. Zu dieser Tagung werden nicht nur die dem Bund angeschlossenen Organisationen eingeladen, sondern alle Arbeitervereinigungen, ganz gleich welcher politischen und geistlichen Richtung, auch die passivistischen Körperchaften. Von den Teilnehmer wird als Zulassungsbedingung verlangt, das Problem auf der Grundlage der Entschärfung des Kongresses von Rom zu erörtern.

Weiter hat das Büro beschlossen, einen besonderen Fonds zur Deduktion der Kosten des Weltkongresses zu schaffen. Zu diesem Zweck wird zunächst eine internationale Friedensmarke herausgegeben, die einen freiwilligen Beitrag der organisierten Arbeiter darstellt. Immerhin wird von den Gewerkschaftsmitgliedern verlangt, daß sie den Lohn einer halben Stunde für den Kampf gegen den Krieg opfern. Im übrigen ist beschlossen, daß der Gewerkschaftsbund eine Vertretung zu dem 22. Weltfriedenskongreß, der vom 26. bis 29. Juli in London tagt, entsendet. Der Austausch von Gewerkschaftsmitgliedern, der längst als notwendig empfunden wurde, soll nunmehr auch durchgeführt werden. Es ist geplant, einen Austausch von Genossen der verschiedenen Gewerkschaftlichen Einrichtungen, der Zwecke der betreffenden Länder ufm. vorzunehmen, um dann die Ergebnisse in der Heimat praktisch zu verwerten. Daß aus einer solchen Einrichtung eine weitgehende Förderung des internationalen Gedankens hervorgeht, ist zweifellos.

Nach dem bei der Zusammenkunft des Amsterdamer Büros erstatteten Bericht über die Hilfe des Bundes für Rußland geht hervor, daß noch genügend Lebensmittel vorrätig sind, um die unter Obhut genommenen 42 000 Kinder und die seit dem 1. Januar unterzählten 50 000 Erwachsenen bis zum 1. September zu ernähren. Der Bundesvorstand beschließt, mit der sowjetischen Regierung über die Verteilung von Lebensmitteln und Kleidung in verschiedenen Gebieten zu verhandeln.

Reaktionäre Demonstrationen — Die Hamburger Sozialdemokratie gegen die Reaktion

Der Nationalverband Deutscher Offiziere und die nationalsozialistischen Verbände ehemaliger Soldaten beabsichtigen, wie verlautet, am 28. Juni als dem Tage der Unterzeichnung des Versailleser Vertrages zur Bekämpfung der Behauptung der Alleinschuld Deutschlands in der Welt Demonstrationen abzuhalten. Veranstaltungen von dieser Art sind bisher immer zu militärisch-militaristischen Ausdehnungen ausgeartet. Am 28. Juni würden sie nach aller Erfahrung zu einer wüsten Menge gegen die Republik ausgenutzt werden, auf der Basis zu sein und überall dort Demonstrationen einzuberufen, wo Anhänger des alten Systems unter dem Deckmantel von Kundgebungen zur

Schulfrage eine solche das deutsche Volk schwer schädigende Politik zu treiben versuchen.

Eine am Mittwoch Abend in Hamburg stattgefundene Versammlung der Betriebsvertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs hat folgende Entschärfung gefaßt:

„Die Betriebsvertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei Groß-Hamburgs erwarten von der Reichsregierung und der Landesregierung (Senat), daß sie sämtlichen Mißbrauch der demokratischen Freiheit der Republik durch die nationalen Rechtsparteien mit den schärfsten Maßnahmen entgegenwirken. Die Versammlung ist sich klar darüber, daß eine fortgesetzte Zulassung der republikfeindlichen Demonstrationen der Rechtsparteien zu den schwersten Erschütterungen des Deutschen Reiches führen muß. Die Versammlung fordert mit aller Entschärfung, daß auf allen öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Polizeiwachen und Verwaltungsgebäuden am Verfassungstage, dem 11. August, wie auch bei allen anderen öffentlichen Feiern die schwarz-rot-goldene Reichsflagge gehißt wird.“

Reichswirtschaftsrat und Reform der Staatsverwaltung

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats wird gemeinsam mit dem Finanzpolitischen Ausschuß eine Kommission einrichten, die sich mit der Prüfung der im nachfolgenden Antrag aufgeführten Fragen beschäftigen soll: „Der Reichswirtschaftsrat wolle prüfen: Nach welcher Richtung der innere Betrieb der staatlichen Verwaltung wirtschaftlicher gestaltet werden kann, im besonderen, ob dies zu erreichen ist durch eine Abänderung des in der Öffentlichkeit wie namentlich auch in Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats selbst aufgestellten Gegenstandes:

„Weniger, aber dafür auf bestellte Beamte!“ Im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung, die diese Fragen auch für die Betriebe der Kommunalverwaltungen haben, beschloß der Sozialpolitische Ausschuß nach längerer Aussprache, über sie gemeinsam mit dem Finanzpolitischen Ausschuß zu beraten.

Fuss der Partei Agitationsbezirk Karlsruhe

Die Karlsruher, die Ortsvereinsvorsitzenden und die Redirektoren werden dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß die Entlassung der Mitgliedsbeiträge so beschleunigt wird, daß die Unterlassener bis spätestens 28. Juni mit dem Hauptkassierer abgerechnet haben; gefälligst, daß, wenn dies in der Lage, bis Ende Juni seinerseits abgerechnet. Da ab 1. Juli andere Beitragsmodalitäten zur Verwendung kommen, müssen die Beiträge reiflos geleistet werden. Das Parteisekretariat: Oskar Trinius.

Sitzung des Parteiausschusses Der Parteiausschuß trat am Donnerstag im Sitzungssaal des Parteivorstandes zu einer eintägigen Beratung zusammen. Genosse Wels hielt das einleitende Referat, das sich in der Hauptsache mit Organisationsfragen, den Vorbereitungen zum Parteitag und der Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages beschäftigte.

Der Parteitag wird am 17. September, abends 6 Uhr, in der Großen Musikhalle in Augsburg mit einer Begrüßungsfeier eröffnet werden. Am ersten Verhandlungstage wird der Bericht des Parteivorstandes erstattet. Dr. Adolf Braun soll ein allgemeines Referat, Wels einen Bericht über die Frage der internationalen und Parteielben den Massenbericht und den Bericht über Agitations- und Organisationsfragen erstatten. Für die Kontrollkommission erstattet Brühne Bericht. Gen. Alois Saenger-München soll über das Thema „Justizreform“ sprechen und wird jedenfalls ein Programm zur Justizreform begründen. Genossin Johanna Meise-Hamburg ist als Referentin für das Thema: „Die Sozialdemokratie im Kampfe um die soziale und wirtschaftliche Stellung der Frau“ vorgesehen.

Auch die Frage der Beitragsregelung wurde besprochen. Die Beiträge werden in Zukunft jedenfalls vierteljährlich entrichtet und der Geldentwertung festgesetzt werden.

Wichtigem. Kommen Sonntag abends 8 Uhr findet im Gasthaus „Zum Hirsch“ eine Mitgliederversammlung statt, an der der Sozialdemokratische Verein in Karlsruhe teilnehmen wird. Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen, hauptsächlich die in der Gemeindeverwaltung tätigen.

Die Islandfischer

Von Pierre Loti

Die arme Großmutter mußte wohl gefallen sein, indem sie den ungezogenen Jungen nachließ, um sie zu prüfen, denn die Heube sah ganz schön und ihr Kleid war voll Schmuck. Und da sagten die Jungen noch, daß sie betrunken sei, was in der Bretagne bei armen alten Frauen zuweilen vorkommt, die viel Alkohol erlebt haben.

Dann wußte, daß das nicht wahr war, war ihm doch ganz genau bekannt, daß die achtungswürdige Frau ihr Leben lang nichts als Wasser getrunken hatte. „Schämt ihr euch nicht?“ fuhr er die Waisen an, die vor den geröteten Augen des großen Gaus nach allen Seiten hin auseinander joben.

Gaud, welche mit Näherer für den Abend eben von Paimpol zurückkehrte, sah von weitem ihre Großmutter und den großen Waisen. Sie beschleunigte den Schritt, um zu erfahren, was ihr für ein Leid geschehen sein mochte, begriff aber, sobald sie die tote Nahe erblickte.

Sie erhob frei die Augen zu Gaud, der die feingigen diesmal nicht abwandte; jetzt dachte keines daran, vor dem andern zu fliehen, nur wurden sie alle beide rot, verwirrt darüber, daß sie einander so nahe waren, schauten sie sich an, aber ohne Groll, vom gemeinsamen Gefühl des Mitleids und der Teilnahme bewegt.

„Sohn seit langer Zeit hatten die Schullinder einen Haß auf den armen Vater, bloß weil er ganz schwarz war, wie ein Teufel“; es war aber ein sehr liebes Tier, das ein gutmütiges Gesicht hatte, zärtlich und anhänglich war. Die abscheulichen Waisen hatten es durch Steinwürfe getötet und ihm ein Auge ausgeworfen.

„O, mein lieber Junge.“ schlugte die arme Alte, „mein armer Junge! Das wäre mir nicht angetan worden, wenn er noch lebte! Tränen fließen über das unglückliche Gesicht, und die Hände mit den großen blauen Adern zitterten beständig.“

Gaud rühte die Heube zurecht und suchte sie mit sonnten Worten zu trösten. In Gaud lag ein Grimm auf; war es möglich, daß es so böshafte Kinder gab, die der unglücklichen Frau ihr einziges Kind töten konnten? Auch ihm kamen beinahe die Tränen — nicht um das tote Tier, denn wenn solch ein wunder hunger Mensch auch gern mit Tieren spielt, so kennt er doch keine Empfindsamkeit in Bezug auf sie — aber es zerriff ihn das Herz, jetzt hinter der kindisch gewordenen Weisheit zu gehen, die ihre tote Nahe an Schwämme trug. Dann dachte daran, wie innig Spöckster seine Großmutter geliebt hatte und

welchen bitterenummer es ihm bereitet haben müßte, sie geisteskrank und im Elend zu wissen.

Gaud glaubte sich über ihr Aussehen bei Gaud entschuldigen zu müssen.

„Sie muß hingefallen sein, daß sie so ansieht!“ sagte sie leise zu ihm. „Das Kleid ist ja schon alt, aber mir sind eben nicht reich, Herr Gaud; ich habe es erst gestern gekauft, und ehe ich heute früh fortging, habe ich sie ganz ordentlich und sauber angezogen.“

Dann schaute sie mit einem langen Blick an; diese entschuldigenden Worte hatten ihn vielleicht mehr gerührt, als eine sinnlich gefühlte Rede oder Vorwürfe und Tränen es vermocht hätten. Schwiegend gingen sie nebeneinander her, der Hütte der Waisen zu. — Schon war Gaud ja immer gewesen, schöner als alle anderen, das wußte er wohl, Armut und Krümmen hatten es aber noch mehr zur Geltung gebracht. Sie war viel ernster geworden; die grauen Augen blühten zurückhaltender und schienen doch zugleich so durchdringend, als könnten sie einem Menschen bis auf den Grund der Seele sehen. Auch ihre Gestalt war gereift, sie war fast dreißigjährig und in der Wüste ihrer Schönheit.

Jetzt war sie gekleidet wie jede andere Fischerstochter, in ganz schmutzigen schwarzem Kleid und einfacher Haube, so einfach, daß man gar nicht wußte, woher ihr noch das vornehme Aussehen kam, etwas so Verborgenes, Innerliches, daß man ihr kaum einen Vorwurf daraus machen konnte. Vielleicht kam es daher, daß sie gewohnt war, sich fest anzuziehen, wodurch Waisen und Schuller sich so schön entwickelt hatten? Aber nein, es kam doch wohl von innen heraus und von ihrem Blick und der ruhigen Stimme.

Gaud begleitete die beiden Frauen erschärfend, er beobachtete wohl, bis ins Haus mit ihnen zu gehen.

Wie zum Begräbnis der armen Nahe schritten sie im Zug zusammen einher, was beinahe etwas Komisch ausah, denn die Leute an den Hausüren sahen ihnen nach lächelnd nach. In der Mitte ging die alte Frau, sie immer noch das tote Tier trug; verwirrt und glückselig schritt Gaud an ihrer Rechten dahin, und der große Gaud sehr nachdenklich, doch erhobenen Hauptes zur linken Seite der Großmutter.

Diese hatte sich auffallend schnell beruhigt, versuchte selbst ihre Meinung selbst noch besser in Ordnung zu bringen, und ohne ein Wort zu sprechen fing sie an, die zwei jungen Leute verflochten zu beobachten; ihr Geist schien auf einmal wieder völlig klar zu sein.

Auch Gaud redete nicht, um Gaud ja nicht etwa dadurch zum Abschiednehmen zu veranlassen. . . . Nach dem Lieben

Wird, den sie von ihm erhalten, hätte sie nur immer so in seiner Nähe weitergehen dürfen, anstatt bald an der Hütte anzukommen, wo der schöne Traum enden mußte.

An der Tür bewegte eine jener schrecklichen Minuten des Unschlusses, während welcher das Herz ansieht zu schlagen. Die Großmutter ging hinein, ohne sich umzusehen, Gaud folgte ihr ängstlich, und endlich auch Gaud.

Er war also bei ihnen — zum erstenmal — jedenfalls nur dank der zufälligen Begegnung, denn was konnte er von ihnen wollen? Fremder er die Schwelle überschritt, sah er Spöcklers Bild mit seinem bescheidenen Schmuck, unwillkürlich zog er den Hut und trat langsam herzu, wie zu einem Grabe.

Gaud blieb stehen; sie fühlte beide Hände auf den Tisch und ihre Augen folgten ihm, wie er jetzt schweigend die Besenfeligkeit der Einrichtung musterte. Die Wohnung der beiden Verlassenen sah allerdings noch bitterer Armut aus, obwohl sie sehr sauber und ordentlich war. Vielleicht würde Gaud jetzt wenigstens eine Regung des Mitleids für sie haben, da er sie so bearmt sah, daß die Hütte ihre einzige Zuflucht auf Erden bildete. Von ihrem einzigen Reichtum war nichts mehr übrig als das weiße Fräuleinbild, auf welchem Gauds Waise jetzt haften blieb.

Er sagte aber nichts. . . . Warum ging er dann nicht her? . . . Die alte Großmutter, die in ihren lichten Augenbliden ganz scharfsichtig war, sah, als ob sie gar nicht auf ihn achtete. So blieben sie stumm und verzweifelt einander gegenüber stehen und schauten sich unerbittlich an; die Augen hatten die große entscheidende Frage, welche der Mund in den nächsten Augenblicken aussprechen mußte.

Mit jeder Sekunde, die verfloß, schien aber das Schwereigener zu werden und sie sahen einander immer tiefer in die Augen, in feierlicher Erwartung von etwas Großen, Innerlichem, das kommen sollte.

„Gaud“, sagte Gaud hastig mit erster Stimme, „henn Sie immer noch wollen.“

„Was wollte er damit sagen? Man ahnte, daß er mit einer großen Entscheidung kam, ungestüm, wie das stets bei ihm zu sehen pflegte, ein Entschloß, den er so plötzlich gefaßt haben mußte, daß er ihn kaum in Worte zu fassen wagte.“

„Wenn Sie immer noch wollen.“ . . . „Ging er zum zweitenmal an. „Lieber Gaud hat sich dies Jahr gut verlaufen, und ich habe mit etwas Geld gefaßt.“

Wenn Sie immer wollen? Was wollte er von ihr? Hatte sie ihn recht verstanden? Gaud war wie niedergedrückt von der Bedeutung seiner Worte, so wie die dieselben verstand. (Fortsetzung folgt.)

p. Pöhlings, 15. Juni. Am 14. Juni ist unser junger Genosse August Sped im Vinsentiuskrankenhaus in Karlsruhe im Alter von 30 Jahren an der Proletarierkrankheit gestorben. Die Partei verliert in dem jungen Genossen ein pflichterfülltes Mitglied. Die Beerdigung, die am 15. Juni stattfand und an der sich sämtliche Arbeitervereine beteiligten, die zahlreichen Kranzniederlegungen der Vereine, sowie der Kameraden, zeigten, wie beliebt unser Genosse Sped war. Die Partei wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom 16. Juni

Beginn 2 Uhr nachmittags. Nach Erledigung mehrerer Anfragen beantragte Abg. Dittmann (U.S.P.) die Umstellung der Tagesordnung. Der Reichstag müsse sich in erster Linie beschäftigen mit den fortgesetzten, immer mehr umwandelnden monarchistischen und militaristischen Tendenzen. (Gelächter und spöttische Zurufe rechts.) Die Verhandlungen von Regimentsoffizieren sind weiter nichts als Vorbereitungen eines neuen Reichstages. (Woh-Woh-Rufe rechts.) Dieselbe höhnische Ablehnung zeigte sich auch, als wir 1920 vor dem Reichstag standen. Wir beantragen deshalb, daß heute schon die verschiedenen Interpellationen über die Königsberger und böhmischen Demonstrationen zur Verhandlung kommen.

Der Antrag Dittmann (U.S.P.) wird hierauf gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Die Beratung über die Zwangsrente und Einkommensteuer wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Gesetzentwurf, durch die die Besitze aus der Unfallversicherung für Gefangene verzeichnet werden, wird hierauf in allen drei Lesungen angenommen. Der Entwurf eines Ausfuhrabgabengesetzes wird ebenfalls dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Der Gesetzentwurf, durch den die Bestimmungen für Quartierleistungen an die Reichswehr erhöht werden, wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Beratung des Entwurfs einer Schlichtungsordnung.

Abg. Gieseler (Soz.) protestiert dagegen, daß die Vorlage unmittelbar vor dem allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongress eingebracht worden ist. Erhe die freien Gewerkschaften ihre Zustimmung zu der Vorlage nicht gegeben haben, sollten auch die Parteien sich nicht in ihrer Stellung hierzu festlegen. Wegen der scharfen Zwangsbestimmungen des Entwurfs seien viele Bedenken vorzubringen. Grundsätzlich stimme die Sozialdemokratie einer Schlichtungsordnung zu, auch wenn ihr von rechts linker Seite Verurat im Klassenkampf vorgehalten werde. (Abg. Adolf Hoffmann ruf: Sehr wahr!) Dieser Vorwurf bleibt ohne Wirkung. Dann gerade durch die Schlichtungsordnung würden die Gewerkschaften als legitime Vertretungen der Arbeiterschaft anerkannt.

Reichsarbeitsminister Braun: Die Vorlage bildet den Abschluß einer langen Entwicklung. Sie ist mit dem Gewerbeverfassungsgesetz von 1890 begonnen. Von den verschiedenen Parteien ist seit Jahren eine Schlichtungsordnung gefordert worden. Der oft erhabene Vorwurf überfälliger Gesetzgebung kann für diese Vorlage nicht gelten. Leider ist es unmöglich gewesen, die Schlichtungsordnung gleichzeitig mit dem Arbeitsgerichtsgesetz zu beraten. Die Vorlage will den Streit zwischen den Parteien und die Interessen der Beteiligten und der Gesamtheit fördern und sichern. Unsere willig veränderte wirtschaftliche und rechtliche Lage gegenüber der Wirtschaft macht eine solche Vorlage dringend notwendig. Die Arbeitnehmerschaft haben heute viel weitergehende Möglichkeiten zur Wahrung ihrer Interessen. Andererseits werden die Interessen der Gesamtheit durch Wirtschaftskrisen viel stärker berührt als in der Vorzeit, vor allem in den früher vom Streik betroffenen gemeinnützigen Betrieben. Die Streiks in gemeinnützigen Betrieben rufen sich mehr gegen die Arbeiterschaft als gegen die Privatwirtschaft. Wir sind heute gezwungen, die Kämpfe auf ein Mindestmaß zu beschränken und an ihre Stelle die gütliche Verständigung zu setzen. Das ist das Ziel der Vorlage.

Abg. Ehrhardt (Ztr.) bezeichnet die Sicherung des Gewerbebetriebs als eine dringende Notwendigkeit für unser Volk. Das Streikrecht kann nicht entzogen werden. Der Kampf darf aber nicht Selbstzweck bleiben, wenn er nicht zu einem Verbände werden soll. Voraussetzung, daß die Schlichtungsordnung keine Wirksamkeit entfalten läßt, ist, daß die Vorstände der Schlichtungsgremien für ihr Amt befähigt sind.

Abg. Graf Thüringen (D.P.) stimmt dem Grundgedanken der Vorlage zu und beantragt Überweisung an den sozialpolitischen Ausschuss. Die Bestimmungen über die zivilrechtliche Haftung der Gewerkschaften müssen aber viel bestimmter gefaßt werden, wenn die Streiks tatsächlich befristet werden sollen.

Abg. Aufhäuser (U.S.P.) bezeichnet die Vorlage als ein Gesetz zur Einschränkung der Freiheit der Gewerkschaften. Die Schlichtungsordnung sei der vorläufige Versuch, den Ausschuss der Gewerkschaften aufzulösen. Man wolle mit ihr den Arbeitern und Angehörigen das Selbstbestimmungsrecht nehmen. Seine Partei wolle an der Verbesserung des Schlichtungsmechanismus mitwirken, sie lehne es aber ab, aus dem freiwilligen Schlichtungsmechanismus ein Zwangsverfahren zu machen.

Abg. Dr. Meibauer (D.P.) stimmt der Vorlage, welcher der Zurückdrängung des Klassenkampfes dient, zu. Sie will die Verständigung fördern, um möglichst jeden Streit zu vermeiden. Wenn das für eine gewisse Zeit erreicht werde, so wäre das schon ein Segen für unsere Wirtschaft.

Abg. Dr. Hül (Dem.) hat zwar manche Bedenken gegen den bürokratischen Aufbau der Vorlage und hätte gern die berufliche Wiederherstellung der territorialen vorgezogen. Er will aber an einem zweckmäßigen Aufbau mitarbeiten.

Abg. Weinber (Bayr. Sp.) spricht ebenfalls Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage aus, hofft aber, daß die Ausschüsse etwas Gutes bringen, was der Arbeiterschaft und dem Volksganzen zum Segen gereicht.

Vorlesen mittags 12 Uhr: Weiterberatung, außerdem Zwangsrente, Erbschaftsteuer und kleinere Vorlagen. Schluß 8 1/2 Uhr.

Zur Annahme des Wohnungsabgabe-Gesetzes im Landtag

Die Hausbesitzer-Politik der bürgerlichen Parteien

Karlsruhe, 16. Juni.

Nach längerer Debatte, in der alle Seiten der Wohnungsnot gründlich erörtert und eine Reihe wichtiger Anträge und Entschlüsse zur Erledigung kamen, wurde in der letzten Landtagssitzung das abgeänderte Wohnungsabgabegesetz angenommen. Die für das Land zu erhebende Abgabe beträgt für das Halbjahr vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 ein Viertel vom Hundert des Steuerwerts, vom 1. April 1922 ab für das Jahr 25 vom Hundert des Steuerwerts, wozu die Pflichtzuschläge der Gemeinden in gleicher Höhe kommen. Die Gemeinden können eine Erhöhung der Zuschläge mit Staatsgenehmigung beschließen. Die Abgabe stellt zweifellos eine erhebliche Belastung der Bevölkerung dar. Sie ist jedoch bedeutend geringer als die Verteuerung der übrigen Gebrauchsgüter im Verhältnis zur Mietpreissteigerung. Auf die Dauer läßt sich das jetzige Mißverhältnis zwischen Mietpreis und Kaufpreis nicht aufrecht erhalten, wenn nicht die Wohnungsnot in Dauerzustand werden soll. Soll die Mieterzuschlaggebung aufrecht erhalten bleiben, so ist die Erstellung von Wohnungs-Neubauten durch Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nötig. Zur Beschaffung dieser Mittel dient die Wohnungsabgabe, die den Mieter immer noch weniger belastet als eine Aufhebung der Mieterzuschlaggebung und eine Anpassung der Mietpreise an die Kaufpreise. Das Wohnungsabgabegesetz ist deshalb eine dringende Notwendigkeit geworden, wobei wir wünschen wollen, daß der gewünschte Effekt ausbleibt wird.

Im Zusammenhang mit der Annahme des Wohnungsabgabegesetzes, für das alle Parteien bis auf die auch diesmal negierenden Unabhängigen und Kommunisten stimmten, kam eine Reihe Anträge zur Erledigung, die

interessante Abstimmungsbeispiele

boten. Wie unklar sich dabei die bürgerlichen Parteien in der Stellung zu einer Reihe der Interessen der Mieter gefühlten Anträge äußerten, geht aus der Tatsache hervor, daß ihre Wähler in geradezu auffallendem Maße geteilt waren. Im Vordergrund stand die Abstimmung über den Antrag v. Au vom Landtag, die Regierung wolle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß unverzüglich der planmäßige Abbau der Zwangsverrentung des Wohnungsbaus in die Wege geleitet wird. Vom Landtag, von den Deutschnationalen und selbst von der Liberalen Volkspartei erwarteten wir von vornherein nicht die genügende soziale Einsicht, um diesen Antrag abzulehnen. Allzu starke kapitalistische Interessen und Hausbesitzerkreisläufe hatten hier den volkswirtschaftlich sozialpolitischen Forderungen entgegen. Vom Zentrum aber, das sich sonst so sehr der Berücksichtigung der sozialen Aspekte auf den Besten rühmt, hätten wir besonders nach dem Ergebnis der Ausschüßerverhandlungen erwartet, daß es die kapitalistische Interessenpolitik des Landtags ablehnt. Jedoch geteilt. Bis auf die Zentrumsgewordnen Geurich, Ziegelmeyer-Oberkirch und Frau Siebert

schloß sich die Zentrumsfraktion dem Landtagsantrag auf Befreiung der Wohnungszwangswirtschaft an,

der dann mit 36 Stimmen gegen 28 Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen, Kommunisten und Demokraten zur Annahme kam. Praktisch wird durch diese Abstimmung zwar nichts geändert. Denn die Frage unterliegt nicht dem badischen Landtag, sondern der Kompetenz des Reichstages. Politisch ist jedoch bedeutsam, daß sich

der Landtag, die Deutschnationalen, die Liberale Volkspartei und das Zentrum kein Gewissen daraus machen würden, wenn gemäß diesem Antrag die Wohnungsmieten in Anpassung an die Geldentwertung eine gleiche unerwartungslöse 50 bis 80-fache Verteuerung gegenüber dem Friedenspreis erfahren würden wie die anderen Gegenstände der „freien Wirtschaft“. Aufgabe der Wähler ist es, aus diesem Vorgang die Konsequenzen zu ziehen.

Von den weiteren Abstimmungen ist beachtlich die Stellung der Parteien zur Bekämpfung des Baustoffmachers. Der Ausschussantrag, den Wucher mit Baustoffen durch eine scharfe Überwachung der Preisbildung energisch zu bekämpfen, wurde einstimmig angenommen, gleichwie ein ähnlicher Antrag der Sozialdemokraten. Ebenso fand mit 31 Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen, Kommunisten und einem Teil des Zentrums gegen 27 Stimmen der übrigen Parteien der sozialdemokratische Antrag Annahme, daß wenn diese Maßnahmen zur Baustoffmachersbekämpfung nicht den gewünschten Erfolg bringen, zu erwägen wäre, die Produktion von Baustoffen in geeigneter Form selbst in die Hand zu nehmen. Gegen die Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und Sozialdemokraten wurde dagegen der Antrag der Unabhängigen abgelehnt, die Regierung zu beauftragen, zur Bekämpfung des Baustoffmachers eine Reihe Baustoff herstellender Industrien in Eigenverwaltung zu nehmen, eventuell in Verbindung mit dem Verband sozialer Baubetriebe. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, die hierin äußerst merkwürdigerweise sehr international empfinden und bei Stimmhaltung der Liberalen Volkspartei wurde der Ausschussantrag angenommen, die Regierung möge bei der Reichsregierung im Interesse der Behebung der Wohnungsnot dahin wirken, die Ausfuhr von Baumaterialien, soweit sie nicht durch den Friedensvertrag bedingt ist, zu verhindern. Der Antrag die Bestimmungen über die Beschränkung des Absatzes und die Erzeugung von Baustoffen mögen von der Reichsregierung aufgehoben werden, fand einstimmige Annahme. Desgleichen wurde einstimmig angenommen der Antrag verschiedener Parteien, daß eine bevorzugte Lieferung der badischen Baustoffindustrie mit Kohle sicher gestellt werde.

Von den weiteren Anträgen erfuhr Ablehnung der Landtagsantrag, daß bei Umbauten, wodurch mindestens für eine Familie eine Wohnung gewonnen wird, ein entsprechender Aufschuß vom Staat und Wohnungsverband bezahlt wird wie für Neubauten, da die Mehrheit des Landtags mit Recht die Schwierigkeiten dieses Verfahrens erkannt hatte. Dagegen fand ein Antrag Marum-Gladner-Weber Annahme, die Regierung möge prüfen, wie weit bei Einbauten in bestehende Gebäude ein entsprechender Aufschuß gewährt werden kann. Gegen die Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und Sozialdemokraten wurde bürgerlicherseits der Antrag der Unabhängigen abgelehnt, daß bei privaten Vereinbarungen über die Höhe der Miete zwischen Vermieter und Mieter der Vermieter verpflichtet ist, die Höhe der vereinbarten Miete dem Miteingeängsam anzugeben.

Gegen die Sozialparteien nahmen die bürgerlichen Parteien dann noch einen Ausschussantrag an, bei der Neuregelung des Reichswohnungsabgabegesetzes möchten die landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und kleingewerblichen Anlagen besonders Berücksichtigung finden. Bei Erhaltung der Deutschnationalen fand allgemeine Annahme der Ausschussantrag, die Reichsregierung möge Vorschriften erlassen, daß die Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern Mietskataster anzuftellen haben, um dadurch die Unterlagen zu schaffen für die Erhebung der Wohnungsabgabe nach dem Mietwert. Schließlich fand noch einstimmige Annahme der Ausschussantrag, bei der in Aussicht stehenden Neuregelung des Reichsabgabegesetzes über die Wohnungsabgabe möge die Aufstellung der Wohnungsabgabe für Kinderreiche Familien und nach sozialen Grundfächen in Geltung gebracht werden.

Badische Politik

Ein Vorschlag an einen Deutschnationalen

In der ereignisreichen „Süddeutschen Zeitung“ redet mit ein Herr Dr. A. recht eindringlich zu, ich möchte doch den scharfen Kampf gegen die Deutschnationalen im „Volkstempel“ einstellen. Nein, Herr Doktor, das werde ich nicht tun. Herr Dr. A. gibt mir den liebenwürdigen Rat, ich möchte auf 6-8 Wochen in die Ferien gehen. Wäre dies schön, wenn ich diesem Rat Folge leisten könnte. Aber die Katalanenspolitik der Deutschnationalen und der ihnen gleichgesinnten Kreise hat für uns in Deutschland Zustände geschaffen, daß Ferien in solchem Umfange nur noch Schieber, Wucherer und jene Feigenkneifen antreten können, die zur Förderung der deutschnationalistischen Propaganda von der Schwerindustrie und dem Agrarletum ausgeschlossen werden. Ich kann somit dem Ratsschlage des Herrn Doktors nicht folgen.

Dem Herrn Doktor A. gefällt auch der Ton nicht, den der „Volkstempel“ gegen die Deutschnationalen anschlägt. Auch die Arbeiter sollen nach Herrn Dr. A. diesen Ton mißbilligen. Da wollen wir beide, Herr Doktor, einmal die Arbeiter in unserer Gegenwart urteilen lassen. Wir rufen eine öffentliche Arbeiterversammlung ein, in der wir beide über die Deutschnationalen sprechen. Unserem Neben soll dann auch eine Diskussion folgen. Nach der Versammlung, Herr Doktor, wissen wir dann, wie die Arbeiter urteilen. Da der Herr Doktor mir indirekt Freigebit vorwirft, wird er in echt deutschnationaler Weise zum Nebenwul angetreten.

Also:

Herr Doktor! Nicht gewichen, frisch,
Nur her an meine Seit', wie ich euch führe.
Heraus mit eurem Niedertrich,
Nur zugestohlen, ich pariere!

G. S.

In der Freitagsausgabe macht die „Süddeutsche Zeitung“ Stimmung für ein Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen den „Volkstempel“, weil angeblich der „Volkstempel“ Volksüberhebung treibt. Die Deutschnationalisten wollen also auch die Interaktion der Justiz haben bei ihrem, das Land und das Volk gerichtenden Treiben. Na, man tau!

Die elektrische Industrie in Baden zu Anfang des Jahres 1921

Die elektrische Industrie hat in Baden im Vergleich zur Vorkriegszeit einen starken Aufschwung genommen. Wie das Statistische Landesamt mittelt, sind vor dem Kriege nur 25 größere Betriebe dieser Branche mit zusammen 8500 Arbeitern im Lande vorhanden gewesen, während auf den Anfang des Jahres 1921 nahezu 100 mit über 7000 Arbeitern ermittelt worden sind. Außer Betracht gelassen sind dabei die Kraft- und Lichtzentralswerke selbst, die teilweise im Besitz von Staat und Gemeinden sind. Vielfach handelt es sich um größere Elektro-Installationsgeschäfte, sowie um Reparatur- und Betriebswerke.

PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT EnameLine

Ein Linblinzboymeiß



Jeder deutschen Familie sind noch immer EnameLine gewesen. Nuden werden heute gut und billig in der Fabrik hergestellt. Die Hausfrau verwendet daher, wenn sie ein wohlschmeckendes, bekömmliches und kräftiges Gericht herstellen will, nat Fertigfabrikate, die in anerkannter Güte überall zu haben sind.

Karlsruher Bürgerauschussung

Karlsruhe, 16. Juni.

Zu der heutigen Bürgerauschussung hatten sich 84 Mitglieder eingefunden. Es fanden 4 Punkte der Tagesordnung, von denen jedoch nur einer und zwar die

Neuordnung der Tuberkulosefürsorge

nach über 2 1/2stündiger Beratung erledigt wurde. Wir haben feinerzeit die Vorlage näher besprochen. Es handelt sich um die Errichtung einer ärztlichen Beratungs- und Fürsorgestelle für Tuberkulose mit einem Facharzt als Leiter, sowie einer Sektion im Hauptamt. Die nähere Begründung zur Vorlage gab Bürgermeister Dr. Gortmann. Er wünschte, daß in allen Kreisen der Hilfe zur Mitarbeit vorhanden sein möge. Dem Wunsch nach Errichtung eines Gesundheitsamtes müsse man entgegenkommen, aber es dürfe nicht zwei mit einander parallel laufende Fürsorgestellen geben. Die im Dienste der Stadt stehenden Fürsorgeärzte müssen sich zu einem ärztlichen beratenden Kollegium zusammenfinden.

Im Namen des Stadtratsordnungsamtes erklärte Gen. Rothweiler die Bereitschaft des Bürgerausschusses für kulturelle und sozialhygienische Anforderungen. Sache der Allgemeinheit müsse es sein, für die Tuberkulose einzutreten. Frau Stadtv. v. Doh (D.M.) spricht sich für die Vorlage aus. Frau Stadtv. v. H. (D.M.) weist darauf hin, daß die allgemeine Unterernährung geradezu den Nährboden für die Tuberkulose bilde. Die Verteuerung der Milch, Butter und Getreide wirken ebenfalls nachteilig. Der Vizebürgermeister darf nicht nur dem Frauenverein ausweichen, sondern auch von anderen in der sozialen Fürsorge tätigen Verbänden. Die Zentrumspartei hat deshalb einen Abänderungsantrag nach dieser Richtung gestellt. — Stadtv. v. H. (D.M.) begrüßt die Vorlage und wünscht, daß die Fürsorgeanstalten noch mehr tun sollten, auch die Gewerkschaften müssen Aufklärungsarbeit leisten. Die Aufgabe der Krankheit muß schon bekämpft werden durch Ferien, Erziehung gesunder Wohnungen, Ferienheim usw., sowie Arbeiterschutz und billige Badegelegenheit. Das Geld, das viele Unternehmer durch Ausbeutung der Arbeiter erhalten, sollte für die Tuberkulosebekämpfung Verwendung finden. — Frau Stadtv. v. H. (D.M.) spricht sich ebenfalls für die Vorlage aus. Der beste Arzt muß angestellt werden. — Stadtv. v. H. (D.M.) stimmt in manchen Punkten den Ausführungen des Stadtv. v. H. zu und weist darauf hin, daß viele Rohstoffe für die Bekämpfung der Tuberkulose in der Bevölkerung vorhanden sind. Nicht auf und Sonne sind Hauptfaktoren zur Pflege der Volksgesundheit, was nicht vergessen werden darf. — Stadtv. v. H. (D.M.) gibt der Freude der sozialistischen Fraktion über die Vorlage Ausdruck, da durch die Schaffung einer kommunalen Fürsorgestelle zur Bekämpfung der Tuberkulose eine alte Forderung der Sozialdemokratie erfüllt ist. Wieder hätten wir es gesehen, wenn ein Gesundheitsamt geschaffen worden wäre, demjenigen Organ, auf dem die anderen sozialhygienischen Stellen organisch aufbauen können. Mit der Vorlage sind wir im allgemeinen einverstanden. Die Stelle muß aber einem Facharzt anvertraut werden, der die sozialen Verhältnisse genau kennt. Zum Vizebürgermeister müssen alle herangezogen werden. Ein möglichst enges Zusammenarbeiten aller Faktoren in der kommunalen Gesundheitspflege ist notwendig. Die Tätigkeit der Verwaltung sollte nicht hoch zu schätzen, sie darf jedoch nicht überhöht werden. Die Hauptaufgabe ist die Behandlung. Die Erziehung der Widerstandsfähigkeit der Kranken muß angestrebt werden, ebenso die Absonderung der Kranken. Auf die Schaffung von Spielplätzen, Wald- und Freiluftschulen sowie Kindererholungsheimen ist großes Gewicht zu legen. Es muß Sache der Verwaltung sein, den Finzen auf die richtige Fährte zu legen. — Stadtv. v. H. (D.M.) verlangt u. a. besondere Aufmerksamkeit in der Fürsorge für die Schulkindest. Die Fürsorgestellen sollten in Verbindung mit dem Wohnungsamte stehen. — Es sprach noch zur Vorlage die Stadtv. v. H. (D.M.) und die Stadtv. v. H. (D.M.), sowie Gen. v. H. (D.M.), der für die Bedeutung im Vorort Rippurr eintritt und sich gegen das Verbot des Badens in der Alb, sowie gegen den Alkoholgenuss wendet.

Nach kurzen Erklärungen von Oberbürgermeister Dr. Gortmann und Bürgermeister Dr. Gortmann fand die Vorlage Annahme unter Berücksichtigung des Zentrumsantrags. Ein Verordnungsantrag wurde sodann angenommen, sodas die Sitzung kurz vor 7 Uhr ihr Ende erreichte.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 17. Juni

Geschichtskalender

17. Juni, 1810 *Der Dichter Ferdinand Freiligrath in Detmold. — 1897 †Der Wasserheilbrunn Kneipp in Wörzshofen. — 1921 Stimmliche Wahlen in der Stadt.

18. Juni, 1839 *Der Dichter Martin Greif in Speyer. — 1905 †Der Dichter Hermann Lingg in München. — 1912 Gründung der „Vollfürsorge“.

Karlsruher Parteinachrichten

Sozialdem. Verein. Montag abend 7 1/2 Uhr im „Auerhahn“ Vorstandssitzung. Jeder Bezirk muß vertreten sein.

Kinderbeschulung. Die Genossinnen der Kinderbeschulung werden ersucht, sich am Dienstag, 20. Juni, nachmittags 3 Uhr, bei Genossin Stoll, Adolphstraße 24, 4. Stock, zu einem gemütlichen Beisammensein einzufinden.

Bezirk Westland. Wir machen nochmals auf die heute abend 8 Uhr stattfindende Versammlung im „Karlsruher Hof“ aufmerksam. Genosse Kiefer wird Bericht erstatten über die letzte Wahlkreiskonferenz. Gleichzeitig werden auch einige andere wichtige Gemeindegangelegenheiten besprochen werden. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Genossen wird erwartet.

Verein Arbeiterjugend Karlsruhe. Verein Arbeiterjugend Karlsruhe. Sonntag vormittags 10 Uhr findet auf dem Auenplatz der freien Turner Reigenprobe statt. Die Teilnehmer am Zug zum Reichsarbeiterportag treffen sich nachmittags 1 1/2 Uhr an der Gewerbeschule. Samtliche Mitglieder werden ersucht, sich an dem Zug zu beteiligen.

Rückgang des Fleischkonsums bei der großen Masse — Schlammerei der Großverdiener. Trotz aller Lohnerhöhungen verringert sich der Reallohn bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten immer mehr und die Konsumkraft derselben wird von Tag zu Tag schwächer. Diese traurige Tatsache haben die deutschen Proletarier zu einem guten Teil der brutalen und wucherischen Ausbeutung durch eigene Stammesgenossen zuzuschreiben. Wenn man gewisse Zeitungen der Agrarier durchliest, so könnte man meinen, daß es der deutschen Arbeiterklasse vorzüglich geht, nur den Erzeugern seien schlimme Zeiten beschieden.

Das für das Gros der Arbeitnehmer wirklich schlimme Zeiten bestehen, haben wir schon öfters dargelegt, aber ohne Wirkung auf die Agrarier. Zum Glück gibt es auch noch

Bablen, die unsere Beweisführung bekräftigen. So hat das preussische Statistische Landesamt jetzt unternommen, den Fleischverbrauch in Preußen im Jahre 1921 festzustellen und mit dem des Jahres 1913 zu vergleichen. Es ergibt sich folgender Fleischverbrauch in Kilo:

	1913	1921
Rinder	462 608 600	329 904 800
Lämmer	76 061 120	53 421 592
Schweine	1 126 084 650	618 007 520
Geflügel	29 387 226	28 427 364
Zusammen	1 693 141 496	1 029 761 276

Soweit im Zustand geschlachtete Tiere in Frage kommen, ist der Fleischverbrauch von 1913 bis 1921 auf 60 Prozent zurückgegangen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel 1913 ein Jahresverbrauch von 46,15 Kilo und 1921 von 28,52 Kilo. Also ist die Kopfquote auf knapp 62 Proz. gesunken.

Das ist die Statistik von Preußen. Man glaube aber ja nicht, daß es in anderen Ländern und deren Städten besser sei. In Karlsruhe sieht es noch schlimmer aus. Nach den Stat. Monatschriften der Stadt Karlsruhe ergibt die Berechnung, daß im Jahre 1921 für einen Einwohner 30 Kilo Fleisch verfügbar waren gegenüber 60,8 Kilo im Jahre 1913. Der Fleischkonsum blieb also immer noch um über 50 Prozent hinter den Jahre 1913 zurück. Und dabei hat nicht einmal jeder sich diesen verringerten Fleischgenuss leisten können, weil die Fleischpreise zu hoch waren. So war es schon im Jahre 1921 und heute ist noch eine beträchtliche Verschlimmerung zu konstatieren, da die Fleischpreise eine noch nie gekannte Höhe erklommen haben. Das Gros der Bevölkerung kann sich mehr den Fleischgenuss erlauben, einzelne Kreise wie Sozial- und Kleinrentner, völlig erwerbsunfähige Schwerkrankenbeschädigte und Arbeitslosen, Krieger, Arbeiter, und Beamtenwitwen und gewisse Kreise eines verfallenden Mittelstandes bekommen überhaupt kein oder recht verschwindend wenig Fleisch zu kosten.

Auf der anderen Seite, im Reiche der Schieber und sonstiger Verdienerrückläufer herrscht aber eine Schlammerei, die aufreißend wirken muß. So brachte die Zeitschrift „Das Hotel“, ein Unternehmerrorgan, kürzlich die Speisekarte von der silbernen Hochzeitfeier eines Großverdieners zum Ausdruck; sie lautete:

Das Menü wurde am 1. Mai in einem bekannten Hotel in einem bekannten Baboerte Deutschlands serviert und hatte folgende Speisekarte:

Maloffolliabur auf Eisbrot — Rauscherender Ahmannshäuser Edele Schilbsteinplatte in Zoffen — Alter Zerkel Rheintal nach Hochstid — 1917er Rühlerer Koppelnberg Ralsmedatillon Palasthotel — 1917er Götter Palmier

Riesentangenparrel, Mollschinken und Schäumbutter, Weißer Boudarben, Salate — Kommerz & Grena Komboite, Venezianische Eisbombe, Feines Badnerl, Früchte Im kleinen Saal: Moskva — Plöre — Raltes Bistrot.

Der Preis des trodnen Weckes (also ohne Wein) einschließlich des kalten Bistrot stelte sich auf 10 000 M. Die Gesamtrechnung dieser silbernen Hochzeitfeier, die an die verdienstlichen Feste des alten Roms der Delabanzzeit erinnert, stellt sich einschließlich Dekoration auf 304 500 M.

10 000 M für ein Gebet! So leben die Großverdiener! Das Volk aber verdirft in Not und Elend!

Auf zum Reichs-Arbeiter-Sporttag

Wortan Sonntag belegen die Turner und Sportler der Republik ihren Reichsarbeiterportag in ganz Deutschland. Sich bei ihm einzufinden ist Pflicht eines jeden Gewerkschafters und Klassenkämpfers.

Die Arbeiterportler wollen im besten Sinne dem wertvollen Volk dienen, sie werden am morgigen Tage zeigen, was sie zu leisten im Stande sind.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Bekundet Solidarität mit den Arbeiterportlern, findet Euch alle bei den Veranstaltungen ein! Für jeden Angehörigen der freien Gewerkschaften kann es morgen nur eine Parole geben:

Auf zum Reichs-Arbeiter-Sporttag

Der Reichsarbeiter-Sporttag findet für den Karlsruhe'er Bezirk auf dem Auen- und Spielplatz der freien Turnererschaft an der Vinkenheimer Allee statt. Das Programm ist aus dem heutigen Inserat ersichtlich.

e. Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Westland. Die Versammlung am Mittwoch abend im „Goldenen Hedi“ war gut besucht. An der Aussprache über den Vortrag des Genossen Rothweiler betr. Gemeindegangelegenheiten beteiligten sich die Genossen Schelonske, Ghemann, Lang, Hüfner, Weibel, Zillhardt und Reinried. Der Genosse Rothweiler konnte in seinem Schlußwort lebhaftes Interesse an dem für uns so wichtigen Gegenstande, aber auch weitgehendes Verständnis für die Schwierigkeiten, mit denen wir auf diesem Arbeitsgebiete zu kämpfen haben, feststellen. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, daß einerseits unsere Vertreter auf dem Rathaus und über ihre Arbeit unterrichten und daß sie andererseits unsere Wünsche hören. Aus dieser Erkenntnis heraus kam die Versammlung zu dem Beschluß, derartige Gelegenheiten öfter zu schaffen. Die diesmal verbindert gewissen Genossen und Genossinnen werden deshalb zum Erscheinen in der nächsten Versammlung hiermit ganz besonders herzlich eingeladen.

i. Rippurr. Unsere Parteiversammlung am Mittwoch abend war verhältnismäßig gut besucht. Genosse Stadtv. v. H. (D.M.) brachte aus Karlsruhe referierte über „Kommunale Fragen“. Er streifte alle die großen Aufgaben, welche eine Gemeindegewalt zu erledigen hat, wie auf dem Gebiete der Fürsorge, Bodenpolitik, Verkehrs- und wirtschaftlichen Unternehmungen, Finanzen, Verwaltung usw. Der instruktive Vortrag wurde mit großem Interesse verfolgt und mit Beifall belohnt. Gen. Seiler berichtete über die Wahlkreiskonferenz, woran sich eine lebhafte Debatte anknüpfte. Nach Erledigung einiger Gemeindegangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, feis für einen guten Versammlungsablauf besorgt zu sein.

(.) Rippurr. Auf die Versammlung des Arbeiter-Turnvereins, die heute abend im „Babnhofel“ stattfand, sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Turngenossen, erscheint zahlreich!

(.) Versammlung des Vizevereins. Uns geht folgender Bericht darüber zu: Der Vizeverein Karlsruhe u. Umg. hielt am Mittwoch, 14. Juni, in der „Karlsruhe“ eine außerordentliche Versammlung ab, welche infolge der wichtigen Tagesordnung sehr kurz besetzt war. Vorsitzender Reichert eröffnete die Versammlung mit Begrüßung, gedachte des verstorbenen Kol-

legen Schein? (Weierheim), zu dessen Ehren sich die Anwesenden von den Sigen erhoben. Weiter begrüßte er die bisher krank gewordenen Kollegen Fried, Wächter und Köpfig. Es erfolgte der Bericht über den Verbandstag durch den Vorsitzenden Reichert und wurden hauptsächlich die Punkte berührt, welche für den Vizeverein selbst von Interesse sind. Der notwendigen Beitragshöhung wird zugestimmt. Die Polizeistundenverlängerung soll beantragt werden. Der weitere Punkt der Tagesordnung betraf den Wohnzitat. Der Vorsitzende behandelte denselben noch einmal ausführlich und gibt am Schluß bekannt, daß der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom Landeskommissar für verbindlich erklärt worden sei. Die Gehaltsauszahlung habe rückwirkend vom 1. April ab zu erfolgen. Die Lohnsätze sind um 60 Prozent erhöht worden.

Punkt 4 der Tagesordnung, Bierpreiserhöhung, löste eine leidliche Aussprache aus. Der Vorsitzende gab die Verhandlungen mit dem Brauereiverband und den einzelnen Brauereien bekannt und erläuterte die Vorschläge. Die Versammlung gab allgemein zum Ausdruck, daß durch die enormen Teuerungen und die dazu noch gekommenen Lohnerhöhungen auch mit einem besseren Verdienst des Brauereibetriebes gerechnet werden müßte. Die Abstimmung ergab einstimmige Ablehnung des Vorschlages des Brauereiverbandes und einstimmige Annahme des Vorschlages des Getreidevereins. Unter „Verfälschungen“ wurden noch einige wichtige Fragen erörtert, sodas der Vizeverein um 10 1/2 Uhr die interessante verlaufene Versammlung schließen konnte.

* Zur Bierpreiserhöhung. Wie uns das Gewerkschaftskartell mitteilt, wird es in der am Donnerstag stattfindenden Kartellversammlung zur Bierpreiserhöhung Stellung nehmen.

4. Öffentliche Bankangestelltenversammlung. In vollbesetzter Gartenlaube des „Moninger“ hielt der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, Ortsgruppe Karlsruhe, am Mittwoch abend eine öffentliche Versammlung ab. Gau- und Kreisleiter Lubinski-Karlsruhe sprach über „Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches vom 10. Juni“. Als Verbesserung könne der Schiedspruch nicht genehmigt werden, denn nur ein Ansozial des Geforderten sei bewilligt worden. Noch bei seiner Redeüberwindung habe das Bankkartell so sehr seinen Mut angeknüpft, daß bei einer weiteren Erhöhung unbedingt kommen müsse, wie bei der letzten. Von der Arbeiterschaft wurde angeführt, daß es Bankangestellte gebe, die sich bei der letzten Erhöhung sehr wohl fühlten. Im Refekt und in der Diskussionskommission, die sehr lebhaft war, wurde es begrüßt, daß die Schiedsgerichtsbeauftragte auf Arbeitnehmersseite einstimmig abgelehnt haben. Schwer seien die durch schlechte Bezahlung entstandenen materiellen und kulturellen Schäden. Folgende Entschlie- hungen fand einstimmige Annahme: „Die am 14. Juni im „Moninger“ versammelte Bankangestellten Karlsruhe lehnen den Schiedspruch vom 10. Juni mit aller Entschiedenheit ab. Sie verlangen von den Organisationen für eine der Teuerung entsprechende Entlohnung einzutreten und sind bereit, mit allen Mitteln für ihre Existenz zu kämpfen.“

Schr. Das Schwimmbad des „Karlsruher Schwimmvereins e. V. 1899“, das am Freitagabend im Vereinsbad am „Kühnen Krug“ (ehemalige Militärschwimmschule) stattfand, brachte den Karlsruhern wieder neue Vorbeeren. Sehr gut und auch fair spielte die erste sowohl als auch die zweite Mannschaft des Karlsruher Schwimmvereins gegen die gleichen Mannschaften des 1. Badischen Schwimmclubs Pforzheim. Mit 4:2 ging das Wasserball-Entscheidungsstpiel um die Bezirksmeisterschaft für Karlsruhe aus; das zweite Wasserballstpiel mit den zweiten Mannschaften brachte sogar 5:0 für Karlsruhe. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch einen lauschlich ausgezeichnet ausgeführten Reigen der Damen. Ihn folgten Witterrenschwimmen, Jaglingsstapel, Damenbruststapel, Regenstapel (Wusch, Seite, Rücken, Hand über Hand), Beerenreigen, ausgeführt von 44 Schwimmem, Hindernischwimmen der Jaglinge und eine gemischte Staffel mit Damen und Herren über verschiedene Bänken füllten den weiteren Teil des Nachmittags aus. Neupfer be- lustigend wirkte das Kleiderschwimmen und nicht minder das Wasserfangen; die Bier-Scene hatte auch ihre Reize.

Von der Techn. Hochschule. Der odenländische Professor der Geschichte an der Techn. Hochschule zu Karlsruhe, Dr. Hermann Käthe, hat in gleicher Eigenschaft einen Ruf an die Universität Münster i. W. erhalten.

Befehle für die Freimachung von Wohnungen. Das Wohnungsamte schreibt: Der Stadtrat gewährt seit einiger Zeit Befehle für die Freimachung von Wohnungen. Die wirtschaftliche Not zwingt heute viele kleinere Familien, namentlich Einzelstehende, ihre Wohnung aufzugeben und ihren Haushalt insbesondere mit demjenigen von Verwandten zusammenzulassen. Damit ist nicht nur den betreffenden Personen gedient, sondern auch der Allgemeinheit: Es werden Unterkünfte für wohnungs- suchende Familien verfügbar und die Wohnungsnot damit gelindert. Anzugsbeihilfen werden nicht nur solchen gegeben, welche innerhalb Karlsruhes verziehen, sondern auch an Familien, welche nach auswärts ziehen ohne eine Taushwohnung in Anspruch zu nehmen. Der Lebensunterhalt auf dem Lande, namentlich für ältere Personen, welche keinem Erwerb mehr nachgehen, ist billiger als in der Stadt. Eine Bekanntmachung des Wohnungsamtes im Angeleit der gestrigen Nummer gibt den Weg für die Erlangung der Prämien an.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheausgabe. Wilhelm Gaum von Odenweier, Keller hier, mit Luise König von Weierheim. Georg Maier von hier, Baumeister hier, mit Gertha Schäfer von hier. Karl Gehring von Hurnadern, Verm. Inspektor in Heidelberg, mit Maria Altheimer Witwe, Verm. Inspektor in Heidelberg, mit Maria Altheimer Witwe, von Mannheim. Franz Schwab von Raudenbach, Schulmacherschreiber hier, mit Frieda Biffert geb. Metz von Rastatt. Otto Blum von Frankfurt, Schm. hier, mit Elfa Noos Witwe, von Godelshausen.

Geburten. Walter Heinrich, Vater Konstantin Krähig, Handelslehzer. Gertrude Alice, Vater Friedrich Wille, Hof- Oberlehrer. Marianne Ruth, Vater Jul. Freundlich, Schm. Eril Otto Max, Vater August Angerstein, Streifenmeister. Kurt Erwin, Vater Eugen Nichter, Schm. Johannes, Vater Johannes Schneider, Buchbindermeister. Margarete, Vater Ernst Kunze, Ref.-Hof.-Führer. Erich, Vater Jakob Ortner, Schreinermeister. Karl Adolf, Vater Karl Riede, Schlosser. Willi Veria, Vater Gust. Wender, Kraftfahrer. Hilja Elisabeth Auguste, Vater Albin Meier, Keller.

Todesfälle. Elise Devrient, alt 78 Jahre, Witwe von Gg. Devrient, Zahnarzt. Wanda Schreiber, alt 53 Jahre, Ehefrau von Karl Schreiber, Schm. Emilie Wust, ledig, Fräul., alt 77 Jahre. Alexander Wader, Schm. Emilie Wust, ledig, Fräul., alt 62 Jahre. Angeborg, alt 1 Jahr 1 Monat 11 Tage, Vater Karl Joss, Vater, Fräul. Fräul. Stadthörner v. Scharin, Schm., Major a. D., alt 77 Jahre.

Beerdiigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Samstag, 17. Juni. 2 Uhr: Alexander Wader, Oberrechnungs- rat, Rohlshofstr. 31. 3 Uhr: Wanda Schreiber, Ehefr. von Karl Schreiber, Schm., Spitalstr. 12. August Rehl, Schuhm., ledig, Gerwinstr. 6. 4 1/2 Uhr: Alexander Kiefer, Guisinspektor, Werderstr. 49.

p. Körperverletzung. Am 14. Juni ds. J. abends 11 Uhr faßte ein bis jetzt noch unbekannter Bahnbeamter einen Rollstuhl auf Bahnsteig 6 ohne Grund am Hals und warf ihn so zu Boden, daß er einen Oberschenkelbruch am linken Bein davontrug und mittelst Krankenautos ins städt. Krankenhaus gebracht werden mußte.

p. Verleumdung. Die am 14. I. M. am Rheinhafen hier geländete Reiche wurde durch den hiesigen Erlennungsdiener auf Grund der bei der Reiche abgenommenen Fingerabdrücke als diejenige des Töglers Johann Frank von Dauten b. Wald (Kant Donaukingen) festgestellt. Vermutlich liegt Unglücksfall oder Selbstmord vor.

p. Unfall. An einem Neubau der Eigenhandbaugesellschaft im Hardtwald hinter der Telegraphenferne stürzte gestern vormittag ein Schindler aus Welsch-Neureut beim Kleisten seiner Pflichten von einem Baugerüst des 2. Stockwerkes ab, erlitt eine Rippenquetschung und mußte nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden.

p. Unfall. Am 14. Juni abends 7.45 Uhr erlitt ein Schindler in einer Fabrik in der Weststadt dadurch einen Unfall, daß ihm ein 80 Pfund schweres Eisenstück auf die rechte Seite des rechten Fußes fiel, wodurch der Schindler eine Quetschung davontrug. Er wurde mittelst Krankenautos ins städt. Krankenhaus verbracht.

Stadtgarten-Konzert. Die städtische Schülerkapelle veranstaltet am kommenden Sonntag, den 18. Juni, vormittags 11 Uhr im Stadtgarten unter Leitung des Kapellmeisters Wölfler ein Konzert. — Am Nachmittag wird die Feuerwehrlabelle unter Leitung des Dirigenten Obermusikmeisters a. D. Otto Schotte ein Konzert veranstalten, das durch sein sorgfältig zusammengestelltes Programm besondere Anziehungskraft ausüben wird. Bei schlechtem Wetter fällt das Konzert aus, da am Nachmittag über die Festhalle anderweitig verfügt ist. Vorverkauf bei den besetzten Stellen (Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgarten-Schalterkasten).

Valuta-Bericht vom 16. Juni

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 166 Gs. Auszahlung Holland notierte etwa 123.25 fl. per 100 M. Auszahlung England notierte etwa 1415 M. per 100 £. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 27.80 fr. per 100 M. Auszahlung Portugal notierte etwa 316.75 M. per 100 Escudo.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 17. Juni

Voraussetzliche Witterung: Zunächst bewölkt und vereinzelte Strichregen, dann fortwährende Aufhellung, mäßig warm, westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 290, gef. 10 Zim. Neßl 373, gef. 9 Zim. Maxau 575, gef. 11 Zim. Mannheim 504, gef. 11 Zim.

Kleine badische Chronik

Muggensturm, 16. Juni. Diebstähle. Dieser Tage wurden dem Bürgermeister Schäfer und seinem Schwiegersohn die Fahrräder aus der Scheuer und ihrem Hochbarn, einem Kaufmann L u. H., die Enten aus dem Stall und die Strümpfe vom Trockenstiel gestohlen.

Neustadt (Schwarzwald), 16. Juni. Gegen die beabsichtigte Abtrennung des Amtsbezirks Neustadt vom Kreis Freudenstadt und seine Zuteilung zum Kreis Willingen wird nach einem Beschluß des Gemeinderats Neustadt Protest erhoben. — Der badische Lehrerverein des Bezirks Neustadt erklärt eine öffentliche Erklärung gegen die von der katholischen Elternvereinsung angeordnete Besetzung der Simultanschule, weil dadurch die konfessionellen Leidenschaften aufgeheizt und Unruhe und Mißtrauen in das Volk hineingetragen werden.

Vom Donauried, 16. Juni. Unwetterkatastrophen. Schwere Gewitter gingen am Samstag über die Gegend von Gunglburg nieder. Durch Hagelschlag wurden die Ähren zum großen Teil schwer beschädigt. Der Roggen ist fast völlig vernichtet. Das ganze Gebiet der Moortalung hat schwer gelitten.

Die Gemeinde Niedhausen ist schwer in Mitleidenschaft gezogen. Bei Remshardt-Köhl der Weg in einen Stadel, in dem eine Schafherde untergebracht war; sechs Schafe wurden getötet, mehrere verletzt.

Letzte Nachrichten
Von der Not der deutschen Presse

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Mittwoch mit den Unterstützungsmaßnahmen für die deutsche Presse. Einem entsprechenden Gesetzentwurf wurde zugestimmt. Der Entwurf sieht einen Unterstützungsfonds von 500 Millionen Mark vor, die durch besondere Abgaben aufgebracht werden und auf die Presse nach dem Papierverbrauch verteilt werden sollen.

Ueber den Gesetzentwurf wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet:

Sobiel man hört, soll in der Weise vorgegangen werden, daß die Gemeinden, die aus den Holzveräußerungen der Forste besteuert werden, für die notwendigen Endverbraucher, also für die Zeitungen, nutzbar gemacht werden. Da der überwiegende Teil der Forsten sich in dem Besitz der Länder befindet, wird es darauf ankommen, daß diese im Reichsrat der Vorlage zustimmen, damit sie dann, wie beabsichtigt ist, in der nächsten Woche an den Reichstag gehen und möglichst rasch verabschiedet werden kann.

Hamburg, 16. Juni. Nachdem in der Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger interne Vereinsangelegenheiten erledigt waren, wandte sich die Versammlung dem Hauptgegenstand, der Beratung der Not der deutschen Presse zu. Herr Dr. Mittel-Rastbach gab ein erschöpfendes Bild von dem erschreckenden Niedergang der Presse. Hieran anschließend unterrichtete Staatssekretär Prof. Dr. Dirsch vom Reichswirtschaftsministerium, der als Vertreter der Reichsregierung an den Verhandlungen teilnahm, die nationale, politische und kulturelle Bedeutung der deutschen Presse in ihrer jetzigen Struktur. Ausgehend von der allgemeinen Wirtschaftslage gab er die Grundgedanken des Gesetzentwurfs zur Linderung der Not der Presse bekannt, den die Reichsregierung vorgezogen angenommen hat. Der Gesetzentwurf, der in den nächsten Tagen dem Reichsrat vorgelegt wird, stellt einen Versuch dar, der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Presse, die von der Reichsregierung und dem Parlament in vollem Umfange anerkannt wird, in gewissem Maße zu heben.

Die Ausführungen des Staatssekretärs bildeten den Höhepunkt der gesamten Tagung. Sie fanden das größte Interesse und den lebhaftesten Beifall der Versammlung. In der Debatte wurde einstimmig und mit Nachdruck betont, die deutsche Presse müsse angefaßt werden, sich dauernd verständigenden Wege einzunehmen, daß die Vorschläge der Reichsregierung nach der Auseinandersetzung des Reichstags Gehör finden, da sonst — wie von den vereinsdeutschen Rednern aus allen Teilen des Reiches ausgeführt wurde — jede Maßnahme zu spät kommen würde.

Ein Tag der Trauer für das deutsche Volk

Der Abschied von Oberschlesien
Berlin, 16. Juni. Der Reichspräsident, die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgenden Aufruf:

Ein Trauertag ist angebrochen, den zu vermeiden wir drei Jahre heiß kämpfen! Ein Teil Oberschlesiens wird heute einem fremden Staatsverband einverleibt, ein Teil des Landes, dessen Untertrennbarkeit so oft von den Staatsmännern und Sachverständigen aller Länder, am meisten aber von den Oberschlesiern selbst, betont wurde. Ein solches Stück deutscher Erde, das in jahrhundertelanger Arbeit durch deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit zur höchsten wirtschaftlichen Blüte gebracht worden ist, wird dadurch vom Mutterlande losgerissen.

Nach den ersten Friedensbedingungen sollte ganz Oberschlesien kurzerhand Polen zugesprochen werden. Eine der wenigen Änderungen, die in Versailles durchgeführt werden konnten, war das Zugeständnis der Abstimmlung. Die Oberschlesier wissen, unter wie vielen Hemmungen und Bedrohungen, ja selbst unter Gefahren für Leib und Leben die deutsche Bevölkerung an vielen Orten abstimmen mußte. Trotzdem und trotz der wenig verlockenden Lage Deutschlands sprach sich eine große Mehrheit für das alte Vaterland aus. Nunmehr aber hieß es plötzlich, daß Oberschlesien teilbar sei. Ungleich waren unsere Bemühungen, die Wiederfacher zu überzeugen, daß nicht nur die Verpflichtungen des Versailler Vertrages, sondern auch das Gebot der wirtschaftlichen Vernunft die Einheit fordere. Der Genfer Spruch zerschnitt diesen blühenden lebendigen Organismus grausam.

Gegen diesen Spruch legten wir für alle Zeiten gültige Verwahrung ein. Oberschlesier, die Ihr heute von uns scheiden müßt, Euch rufen wir die letzten Abschiedsgrüße zu. Gibt Dank für Eure Treue. Die Gefühle, die Euch heute bewegen, teilt mit Euch das deutsche Volk. Wir denken an Euch, durch ein Mitsprechen mit Polen Euch und ganz Oberschlesien nach Möglichkeit zu helfen. Auf klarer Rechtsgrundlage soll Euch vor allem das Gute erhalten werden, woran Ihr hängt wie wir, die deutsche Kulturgemeinschaft, die deutsche Sprache, das deutsche Heimatgefühl!

Oberschlesier, die Ihr bei uns bleibt, die Ihr nach jahrelangen Dürben und Sorgen der Not der Fremdberrschaft teilhaftig werdet, seid gewiß, daß wir Euch nach Kräften helfen werden, die schweren Wunden zu heilen, welche Euch die Jahre der Verdrückung zugefügt haben. Unter dem Schutze des Rechts und der Freiheit werdet Ihr wieder Eurer friedlichen Beschäftigung nachgehen und mit uns am Wiederaufbau unseres Vaterlandes arbeiten.

Ihr werdet Euch durch die berechtigte Erbitterung zu keiner ungesunden Handlung verführen lassen. Ihr werdet das in Euch geschlossene Abkommen wahren. Ihr wißt, daß eine Kommission unter neutraler Führung unter dem Schutze der Reichsregierung hier und der Deutschen dort, wachen wird und daß Ihr Euren Volksgenossen jenseits der neuen Grenze keinen Dienst leisten würdet, wenn Ihr für das Ererbte Bitterung über wöllt.

Oberschlesier! In der Schicksalsstunde, die Euer Vaterland zerreißt, die Brüder von Ruher trennt, reicht Euch das ganze deutsche Volk die Hand.
Große Feuersbrunst in Amerika

NEW YORK, 16. Juni. Nach einer Meldung aus Newark ist auf der Avenue auf Long Island eine Feuersbrunst ausgebrochen, die 500 Hüllen und Wohnhäuser zerstört hat. 20.000 Werte sind abhandlos. Der Schaden wird auf 4 Millionen Dollars geschätzt.

Schriftleitung Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, politische Überfahrt und Reise Nachrichten Hermann Abel; für badische Politik, aus dem Lande, Gemeindepolitik, aus der Provinz, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wird zu 4 Stellen **Vereinsanzeiger** und mehr Stellen Nr. 7. — die Zeile (Verbandsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme).

Karlsruhe. (Belagterverein Harmonie, gemäßigter Chor.) Sonntag abends 8 Uhr Zusammenkunft im Lokal zur „Karlsruhe“. Die aktiven Mitglieder werden gebeten, vollständig zu erscheinen. 4108 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Reichsarbeiterportio. Beteiligung am Demonstrationsszug nur im Tourenanzug. Treffpunkt 1/2 Uhr, Steinstraße. — Montag, 19. Juni. Fühlerfestung: „Wacht am Rhein“.

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Montag, den 19. Juni, abends halb 9 Uhr, pünktlich, Ausschussung im „Darmstädter Hof“. Das Erscheinen sämtlicher Ausschussmitglieder, sowie der Unterlasser ist unbedingt notwendig. 1501

das selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung!

Es ist nicht nur das beste, sondern auch im Gebrauch billigste Waschmittel.

Wenig Arbeit — geringer Kohlenverbrauch — größte Billigkeit!

Achten Sie auf diese Vorzüge und kaufen Sie nur Persil.

Alleinige Fabrikanten: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der „Henko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Preis das Paket Mk. 12.—

Gastwirte-Verein Karlsruhe u. Umg.

Der Bierausgabepreis ist infolge erhöhten Gesteuerpreises laut einstimmigem Versammlungsbeschlusse mit Wirkung vom 14. Juni ab wie folgt festgesetzt und tritt sofort in Kraft:

3/10 Liter Lagerbier Mk. 4.50
3/10 Liter Exportbier Mk. 5.—
in Flaschen a 0,7 Liter:

Lagerbier über die Straße Mk. 9.—
Exportbier „ „ „ „ Mk. 10.—
zum sofortigen Genuß in der Wirtschaft:
Lagerbier Mk. 11.—
Exportbier Mk. 12.—

An unsere Mitglieder!

Der vom Schlichtungs-Ausschuß geprüfte Schiedspruch wurde vom Herrn Landeskommissar für verbindlich erklärt, wonach die Löhne um 50% rückwirkend ab 1. April zu zahlen sind. Lohnkarte und Klafate folgen.

Der Vorstand. 4100

Baden-Baden.

Städtische Schauspiele Baden-Baden

Kurhausbühne: Sonntag, 18. Juni, 7 Uhr: Der Wetter aus Dingoda. Montag, 19. 7 1/2 Uhr: Eröffnungs-Vorstellung der Wiener Operettenspiele. Dirschen: Emil Dietter. Zum ersten Male: Das Hollandweibchen. Dienstag, 20. 7 1/2 Uhr: Das Hollandweibchen. Mittwoch, 21. u. Donnerstag, 22. 7 1/2 Uhr: Die schöne Helena. Freitag, 23. 7 1/2 Uhr: Das Hollandweibchen. Samstag, 24. 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male: Das Schwarzwaldmädchen. Sonntag, 25. 7 1/2 Uhr: Das Hollandweibchen. 1114

Offenburger Anzeigen.

Milchpreiserhöhung.

Vom 20. ds. Mts. ab muß der Erzeugerpreis für Milch um 1 Mk. erhöht werden. Vom gleichen Tage ab wird der Kleinverkaufspreis um diesen Betrag gleichfalls erhöht. Er beträgt somit Mk. 8.50 für den Liter. Dieser Preis ist Höchstpreis. 1144

Offenburg, den 16. Juni 1922.
Der Stadtrat.

Die Beschäftigung der städt. Milchzentrale

ist der Einwohnerzahl an den beiden nächsten Sonntagen (18. und 25. Juni) jeweils vormittags von 8—10 Uhr gestattet. Während dieser Zeit wird der Leiter der Milchzentrale den Betrieb erläutern. Der Besuch kann jedermann, insbesondere den Hausfrauen, angelegentlich empfohlen werden. 1145

Offenburg, den 16. Juni 1922.
Der Stadtrat.

Bruchsaler Anzeigen.

Kleinhandelspreise für Kohlen, Koks u. Bruchsalts ab 1. Juni 1922 für Bruchsal-Stadt.

Preis für ein Zentner

Sorte	ab Lager	offen in Gütern	ab Lager	ab Lager
Ruhr-Stadtcohlen	101.50			
„ Feinstbr.-u. Raufschmelze I II	89.10			
„ Feinstbr. I II	102.40			
„ Feinstbr. I und II	109.40			
„ Feinstbr. III	106.30			
„ Schmelzschmelze I II	102.40			
„ Schmelzschmelze III	100.70			
„ meliert Schmelzschmelze	92.20			
„ Anthrazit-Schmelze I	117.00			
„ Anthrazit-Schmelze II	109.10			
„ Anthrazit-Schmelze III	122.—			
„ Anthrazit-Schmelze IV	111.20			
„ Anthrazit-Schmelze V	120.70			
„ Anthrazit-Schmelze VI	115.70			
„ Anthrazit-Schmelze VII	107.40			
„ Anthrazit-Schmelze VIII	91.30			
„ Anthrazit-Schmelze IX	82.20			

3.30 Mt. weniger als ab Lager
3.50 Mt. mehr als ab Lager
4.50 Mt. mehr als ab Lager

Die Preise sind Höchstpreise und dürfen nicht überschritten werden.

Bruchsal, den 16. Juni 1922. 1143

Direktionsstelle Bruchsal.

Konsumverein Bruchsal.

An unsere Mitglieder!

Von Montag, den 19. ds. Mts. ab wird in unserer Verkaufsstelle

Zucker

ausgegeben, pro Maß 1 Pfund. Ferner empfohlen wie

Makkaroni, Nudeln, Hörnchen, Weismehl (Spezial 0), Seife u. Seifenpulver, Zigarren u. Zigaretten, Kurz- u. Wollwaren.

Am vorteilhaftesten kaufen unsere Mitglieder in ihrem eigenen Geschäft. 1507 Der Vorstand.

Mehl a. Rh.

Zum 1. Juni ds. J. fügen wir für unsere hiesige Agentur zuverfügung

Zeitungsträger(in).

Betreiber oder Betreiberinnen wollen sich a 13 hald bei Frau Ludwig Graf, Friedrichstraße Nr. 8 in Neßl melden.

Verlag des Volksfreund
Geß & Co.

Quieta!



„Ich genieße und spare!“

Quieta mit 10,25 u. 40% Bohnenkaffee.

Quieta-Werke Augsburg-Bad Dürkheim-Hamburg-Leipzig

Günstiges Angebot!

Regenmäntel, etwas fehlerhaft
Tuch- und Cheviotmäntel von 4,575 an
Flotte Waschlender ... 2,25
Billige Alpaka- u. Seidenmäntel
Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe, Wilhelmstraße 54, 1 Tr.
Da keine Ladenspeise besonders billige Preise.

Selbsthilfe

Bauarbeiter-Genossenschaft
Ausführung von Reparaturen in
Maurer-, Verputz-, Dachdecker-,
Zimmer-, Steinhauer- und Platten-
arbeiten.
Billigste Preise
Auskunft:
Wilhelmstr. 47 II. Telefon 5200.

Die kluge Hausfrau

wartet nicht länger, sondern kauft
die nötigen
Einkochgläser, Einkochapparate
usw.
umgehend bei
C. F. Werner, Eisenhandlung
Gaggenau
Nur Deglerstrasse 3.

Baubund-Möbel

in bewährter Güte
u. reicher Auswahl zu
angemessenen Preisen
gegen Barzahlung
oder auf Teilzahlung.
Eigene Verkaufsstellen:
Karlsruhe, Karlsruherstr. 22.
Freiburg, Kaiserstrasse 27.
Bruchsal, Gewerbehalle a. Markt.
Pforzheim, Theaterstr. 15.
Offenburg, Steinstr. 2.
Mosbach, Hauptstr. 12.
Singen a. N., Scheffelstr. 25.
Konstanz, Rossgartenstr. 31.

Badischer Baubund G. m. b. H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 6187 Karlsruhe am Badelplatz

Photographien

aller Art in
mustermäßig
Ausführung.
Atelier
Rausch & Pester
Karlsruhe
Erbsprinzenstr. 3

Kleider, Schäfte

Wäsche, Federbetten,
Tepiche, Serate, etc.
S. Aelrud,
Tel. 3980
Hauptstr. 32.

Frauenhaare

Parfüm, Kosmetik,
Kleider,
Kaufmannstr. 32.

Apfel-Wein

Prima
Apfel-Wein
W. Dannhauser
Weinhandlung und
Apfelweinkellerei
Rastatt
Fernsprecher 153.

Metalbetten

Stahlmatt., Kinderbetten,
dir. an Fabrik, Kat. 80 R frei
Liesingstr. 15 (Hörs.)

Kunstlederfabrik G. m. b. H. Ettlingen

Werkstätten zur Herstellung künstlicher
Glieder und orthopädischer Schuhwaren
für Kriegsbeschädigte und Private.
Zweigstellen: Mannheim: Schloßwaache
Mosbach: Kronengasse 6
Rastatt: Iller Kasernen 11287
Offenburg: Kasernengebäude Bau 11287
Donaueschingen: Währdenstraße 2
Karlsruhe: Kriegsstr. 106. b. Garnis.-Lazarett

Vertreter

welcher in der Branche bereits mit nachweisbarem Erfolge gearbeitet
hat und bei der Kundenschaft bestens eingeführt ist. Nur tüchtige und
reihige Vertreter, welche genaue Bedingungen erfüllen, wollen
unter Angabe von Referenzen ihre Angebote richten unter H. G.
2336 an Via-Da-Santa-Felice & Bogler, Berlin W 25.

Wein-, Sekt- und Bordeaux-

Flaschen

in größeren Quantitäten,
kauft zu höchsten Preisen
Jakob Schueller
Rohprodukte
Durlacherstraße 34. — Telephon 1597

Bei Ihren Einkäufen berücksichtigen Sie die Interessen des „Volksfreund“.

Damen-Kleidung

Hemdbluse aus gestreift Zettl.
offen u. geschlossen zu tragen, M. 175.-
Hemdbluse aus gestr. Wolle
offen u. geschlossen zu tragen
Covercoat-Mantel, Rasen-
schmitz, weite Form ... M. 890.-
Damen-Mantel aus hell
gemusterten Wollestoffen ... M. 1175.-
Regenmantel, imprägniert,
Covercoat-Farbe ... M. 690.-
Jackenkleider Sportform, aus
geoppten Stoffen, Jacke auf Halb-
selle M. 2950.-, 2275.-, 1875.-
Damen-Überblusen, reisse
Wolle ... M. 345.-
Damen-Jumper, M. 475.-, 425.-, 395.-
Damen-Jumper, Kunstseide
M. 725.-

Herren-Kleidung

Einfarb. Sporthemden mit
2 Kragen in sehr Zettl. ... M. 390.-
Weiße Sporthemden mit
loosen Kragen u. Schillerkragen, fein
Panama-Qualität ... M. 390.-
Weiße Sportkragen mit
Knopfstand, feine Rippe-Qual. ... M. 16.50
Leichte Sommer-Sacco's
hellgraue Leinen mit ... M. 245.-
Reisemützen in feinen, sparten
schwarz ... M. 60.-
Weiße Herrenhüte, extra
leicht (100 g) in versch. Farben M.
Imprägn. Herrenmäntel,
Covercoat, mod. Schlupfer-Form M.
Herren-Gummimantel,
eleg. Formen, in Panamaummierg. M. 1450.-

Billige Reiselektüre

Ullsteins- und Kronenbücher
antiquarisch ... jeder Band 3.00
Antiquar. Romane ... 5.00
Romane von Zobelitz ... 12.00

Reise!

Bade-Artikel
Frottiertücher aus mit Kili-
schistol, 75.-
Frottiertücher, gemustert,
gute Qualität ... Mk. 95.-
Badetücher, solide Qualitäten,
425.-, 325.-, 245.-, 120.
Bademäntel, moderne Formen,
Mk. 1175.-, 775.-
Bade-Capes, letzte Neuheit,
Mk. 1975.-
Bade-Trikots für Kinder,
Mk. 310.-
Bade-Trikots für Erwachsene,
Mk. 150.-, 135.-
Elegante Bade-Mäntel und Bade-Anzüge
in großer Auswahl.

Toilette-Artikel

Schwammbeutel 34.50, 22.50, 19.50
Reiserollen 65.-, 55.-, 35.00
Gummischwämme 45.-, 36.50, 32.50
Seifendosen Alumin. u. Celluloid
26.50, 16.75

Schuhwaren

Stoff-Niedertreter für Damen 58.50
Leder-Niedertreter u. fechtig 148.00
Leder-Reiseschuhe Tasche 128.00
Reise-Putzzeuge in eleganter Packung.

TIETZ

Leder-Waren

Reisetaschen, Kanada-Gr.
solide Ausführung M. 200.-, 182.-
Reisetaschen, in Segeltuch
M. 450.-, 375.-, 198.-
Reisetaschen, Vollrindleder,
Maßhügel-Form M. 450.-, 399.-
Coupé-Koffer, Vulkan-Fibre
imlittiert, mit 2 Springenschlossern,
35x75 cm ... M. 499.-, 450.-
Coupé-Koffer, echt Vulkan
Fibre ... M. 825.-, 765.-, 675.-
Anzug-Koffer (Sait Cases),
auf Rahmen gearbeitet, Leder
M. 3200.-, 2950.-, 1775.- 1550.-
Lederkoffer mit Toilette-Einrichtung
in großer Auswahl
Bahnkoffer, gute Fabrikate, in allen
Größen, äußerst preiswert.

Touristen-Artikel

Rucksäcke, in Segeltuch M. 97.50
Rucksäcke, in Segeltuch, Prot-
taschen u. Lederartem. M. 101.50, 142.50
Wickelgamaschen, reine Wolle, ca. 240 cm lang M. 265.-
Wickelgamaschen, Halb-
wolle ... M. 175.-, 145.-
Stützen, gute Qual. M. 62.-, 42.-
Touristenkocher, rein Alumin.
rein Aluminium M. 17.50
Trinkbecher, rein Aluminium
M. 19.50, 17.50 13.50
Schraubdosen in verschied.
Größen M. 19.50, 12.75, 9.75 6.75

Briefpapier in Holzpackung
M. 20.-, 25.50, 22.50, 20.- 17.50
Taschentüchlein in Galalith, Alpacca
und Silber.
Goldnähfederhalter Jemen, Kaweco,
Simple, in großer Auswahl.

Arbeiter-Sportkartell Karlsruhe

2. Reichsarbeiter-Sporttag (18.6.1922)

Sportplatz an der Einkenheimer Allee

Programm

Sonntag, den 18. Juni 1922, auf dem Sportplatz der
Freien Turnerschaft Karlsruhe, Einkenheimer Allee:
Vorm. 7 Uhr: 10x200 Meter-Staffette. Start: Ecke Wald- und
Hans-Thomastraße. Ziel: Turnplatz.
Vorm. 7,30 Uhr: Mannschaften-Wettläufe im Langlaufen, Angelfischen,
4x100 Meter-Staffette, 4x75 Meter-Staffette und Banglamsfahren.
Nachm. 2 Uhr: Demonstrationsspiel von alten Bahnhöfen durch Carl-
Friedrich-Straße - Kaiserstraße - Carlstraße - Stefanienstraße
- Einkenheimer Allee zum Turnplatz.
Nachm. 3 Uhr: Waffeln-Freiwürfen der Turner und Turnerinnen,
Schüler und Schülerinnen, Pyramiden und Bällewette der
Atleten, Waffelnweigen und Radballspiel der Radfahrer, Weigen
der Arbeiter-Jugend.
Städte-Wettspiel Pforzheim - Karlsruhe
Eintritt: Tageskarte 10 Mark, halbe Tageskarte 6 Mark

Theaterclub „Fidelitas“

Karlsruhe.
Dienstag Abend 8 Uhr
Gemütliche
Zusammenkunft
im Lokal: Restauration
„Zur Eiche“, Augusten-
straße, 4096
Anmeldung neuer Mit-
glieder, die Interesse an
der Sache haben (nament-
lich weibliche), werden
dabei mündlich oder
schriftlich entgegenge-
nommen u. sind herzlich wil-
kommen. Der Vorstand.

Wanzentod

zur Selbstvergiftung sicher
wirkend, erhältlich bei
H. S. H. Fr. Springer,
Markgrafenstr. 52
Karlsruhe - Tel. 3263.

Evang. Verein der Weststadt

Gemeindehaus, Blücherstrasse Nr. 20.
Grosses Jahrmärkte-Fest
am 17., 18. und 19. Juni.
Beginn jeweils 3 Uhr mittags
zu Gunsten eines zu erbauenden Altersheims.
Verkaufsbuden, Karussell, Schieß-
buden, Anführungen, Ballett.

TANZ.

Eintritt inkl. Steuer: Samstag 10 Mk.,
Sonntag u. Montag 5 Mk., Kinder die
Hälfte. Dauerkarten 15 Mk.
Vorverkauf Musikalienhandlung
Fritz Müller, Kaiserstrasse.

LASSALLIA

halbjährliche
General-
Versammlung.
Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben.
In Anbetracht der wichtigen zu erledigenden
Fragen ist vollständiges Erscheinen dringend geboten.
Die Verwaltung.

Kragen-wäscherei Schorpp

Herren- Leibwäsche

Annahme- Stellen:

Karlsruhe: Waldstraße 44
Bernhardstraße 8
Kaiserstraße 34 u. 243
Gervillstraße 30
Amalienstraße 15
Karlsruhe: Waldstraße 44
Wilhelmstraße 32
Augustastr. 18
Schillerstr. 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstraße 1
Rheinstraße 18.
Durlach: Hauptstraße 18.